

# Japan - die Katastrophe und die Folgen

Die Ereignisse in Japan im März hielten die Welt in Atem - ein Erdbeben, eine folgende Tsunami-Welle und dann noch die nukleare Katastrophe. In dem folgenden Artikel wollen wir eine Übersicht über die Ereignisse und eine politische Einschätzung darüber geben. Vor allem die nukleare Katastrophe, die jetzt (Mitte April) immer noch nicht unter Kontrolle ist, hatte Auswirkungen weit über Japan hinaus. In Deutschland verkündet Kanzlerin Merkel mal eben ein Atom-Moratorium für die Laufzeitverlängerung, die sie gerade eben noch mit ihrer Regierung genehmigt hat. Der Energie-Kommisar der EU, Günther Öttinger, sprach davon, dass wir aus der Atomkraft wohl doch früher aussteigen müssten - als Ministerpräsident von Baden-Württemberg war er einer der größten Befürworter der Atomkraft und setzte sich seit langem für die Laufzeitverlängerung ein.

Auf diese Manöver kommen wir weiter unten zu sprechen. Zunächst wollen wir uns dem Thema widmen, das von der Presse schon beinahe vergessen wurde: dem verheerenden Erdbeben und seinen Folgen.

## Das Erdbeben und die Welle



Die Katastrophe geschah am 11. März 2011. Das stärkste jemals gemessen Erdbeben in Japan - mit einer Stärke von 9,0 (zum Vergleich: in Haiti 2010 hatte das Erdbeben 7.0) - hat die Nordostküste des Landes erschüttert. Durch das Beben wurde auf dem Meeresgrund eine gewaltige Tsunami-Welle mit bis zu 10 Meter Höhe ausgelöst, die wenige Minuten später auf das Festland traf und alles mit sich riss, was ihr in den Weg kam. Ganze Dörfer wurden praktisch dem Erdboden gleichgemacht. Häuser, Autos, alles wurde mitgerissen und zerstört.

Die Katastrophe hat viele Opfer gefordert. Die offizielle Zahl der Toten liegt

heute (Mitte April), bei 12 608 Toten. Verschiedene Medien schreiben von Schätzungen, die von mittlerweile 30 000 Toten ausgehen. Über die Zahl der noch vermissten herrscht offenbar keine Aussagefähigkeit. Der Nordosten des Landes ist verwüstet. Noch immer suchen die Menschen nach Angehörigen unter den Trümmern der eingestürzten Häuser.

Am 7.4.2011 hat ein Nachbeben den Nordosten erneut erschüttert. Mit einer Stärke von 7.1 war das Beben deutlich schwächer als im April - aber immer noch stärker als 2010 in Haiti! Laut der japanischen Presseagentur Kyodo gab es erneut viele Notrufe wegen Bränden, Gaslecks und Verletzten. Das Energieunternehmen „Tohoku-Electric Power“ erklärte, dass 2,6 Millionen Menschen als Folge des Nachbebens ohne Strom waren.

Auch einen Monat nach der Katastrophe sieht die Lage der betroffenen Japaner\_innen fatal aus. Es gibt zwar eine groß angelegte Such- und Rettungsaktion der Armee, der Polizei und der Feuerwehr, aber nach Berichten sterben nach wie vor Menschen an den Folgen des Erdbebens - durch Mangel an Trinkwasser, Nahrungsmitteln und dringend benötigter medizinischer Versorgung. Bei ärmeren Ländern (wie z.B. Haiti) wird meist berichtet, dass das Land nicht über die notwendigen Mittel und die staatliche Infrastruktur verfüge, um der Katastrophe zu begegnen. Von Japan sollte man demnach erwarten, dass das besser funktioniere. Doch auch hier versagt der kapitalistische Staat, die notwendigen Rettungs- und Hilfsmaßnahmen einzuleiten. Premier-Minister Naoto Kan hat verfügt, dass die Regierung alle Hilfsoperationen koordiniert und die Armee sich um die Angelegenheiten kümmert. Dafür wurde eigens eine Militärabteilung geschaffen, die sog. „Self Defense Force“, die laut Regierung 100 000 Tausend Soldat\_innen zählt.

Durch einen Bericht eines Arbeiter im öffentlichen Dienst aus der japanischen Stadt Sendai wurde bekannt, wie diese Armee-Einheit in Wirklichkeit operiert. Sie haben betroffene Städte und Gebiete abgeriegelt, und verhindern dass Menschen von außen, auch solche die Angehörige suchen oder helfen wollen, die Gebiete betreten können. Damit haben sie in erster Linie die Medienhoheit sichergestellt und kontrollieren, welche Informationen nach außen gelangen.

Unterdessen hat sich an der Lage der Bevölkerung, die in behelfsmäßigen Hütten untergebracht sind, kaum geändert. Die Eisenbahnergewerkschaft Doro-Chiba schreibt in einer Erklärung vom 25.März:

„Eigentlich gibt es genug Material und es stehen genügend Fahrzeuge zur Verfügung. Aber die beteiligten Firmen bleiben untätig. Sie schrecken vor den Zusatzkosten für die Umwege zurück, die durch zerstörte Straßen verursacht werden. Und die Regierung tut nichts dagegen. Viele Menschen sterben durch die Untätigkeit und Unfähigkeit der Regierung. Hier zeigt sich das wahre Gesicht der Marktwirtschaft.“

Auch im Vorfeld hat die Regierung versagt, sich auf entsprechende Erdbeben vorzubereiten, obwohl es lange bekannt ist, dass Japan in einer erdbebengefährdeten Region liegt und es in regelmäßigen Abständen schwere Beben gegeben hat, die auch Tsunamis zur Folge haben können. Sowohl die jetzige Regierung unter der demokratischen Partei (Democratic Party of Japan, DPJ) als auch die vorherige unter der liberal-demokratischen Partei (Liberal Democratic Party, LDP) hat die Mittel für den Ausbau der schützenden Deichanlagen an Japans Küsten gekürzt. Die blutige und teure Rechnung dieser fahrlässigen Politik zahlen jetzt die Hunderttausenden, die von der Katastrophe betroffen sind.

## **Die atomare Katastrophe**

Bereits kurz nach dem verheerenden Erbeben kam die Schreckensnachricht an die Weltöffentlichkeit: mindestens ein Kernkraftwerk (zunächst war von dem Kraftwerk Fukushima 1 die Rede, später kam Fukushima 2 hinzu) wurde von dem Beben und der Tsunami-Welle empfindlich getroffen und es drohte eine Kernschmelze. Die Woche danach hielt die Welt den Atem an. Ständig kamen neue Nachrichten, was mit dem Atomkraftwerk passierte - doch auch einen Monat später war die Lage dort noch nicht unter Kontrolle. Die Regierung spielte die Ereignisse in Fukushima herunter. Es gehe keine Gefahr für die Bevölkerung aus. Das war natürlich, wie mittlerweile auch klar belegt, eine dreiste, kalkulierte Lüge!

Japan ist das am dichtesten besiedelte Industrieland der Welt. Bei einer vergleichbaren Größe wie Deutschland leben ca. 127 Mio. Menschen in dem Land. Unter diesen Voraussetzungen gibt es in Japan 55 Atomkraftwerke! An weiten Teilen der Küsten Japans stehen Atomkraftwerke Reihe an Reihe - so auch im vom Tsunami betroffenen Nordosten. Nach dem die Kühlung an den Reaktoren 1, 2 und 3 im Kernkraftwerk Fukushima ausgefallen war, versuchte TEPCO und die Armee die Reaktoren mit Wasser zu kühlen. In allen drei Reaktoren fanden Wasserstoffexplosionen statt, die die Außengebäude beschädigten. Bald war nicht mehr zu leugnen, dass bereits große Mengen an radioaktiver Strahlung austraten. Bereits am 19. März wurde bei ersten Lebensmitteln aus der Umgebung eine radioaktive Strahlung nachgewiesen. Kurz danach wurde radioaktive Verseuchung im Trinkwasser von Tokio, ca. 300 km von der Region Fukushima entfernt(!), festgestellt. Nach dem Nachbeben am 7.4.2011 wurde auch im Atomkraftwerk in Onagawa ein Leck entdeckt, aus dem Radioaktivität austritt.

Bereits bei diesen Meldungen wird klar, was für eine Heuchelei es ist, dass für die Bevölkerung keine Gefahr ausgehe. Die Situation ist nicht unter Kontrolle zu halten. Wenn radioaktive Strahlung einmal in die Umwelt ausgetreten ist, ist sie unkontrollierbar, verteilt sich in der Umwelt und verbleibt dort über Jahrzehnte, wenn nicht gar Jahrhunderte. Die Sperrzone um Tschernobyl umfasst heute noch 4300 km<sup>2</sup>, in der kaum Menschen leben (einige wenige sind laut Wikipedia mittlerweile zurückgekehrt).

Sowohl der Unfall an sich als auch der Umgang der Regierung und des Konzerns TEPCO mit der Katastrophe räumen mit dem Mythos auf, dass eine Kernschmelze nur in der „kommunistischen“ Sowjetunion passieren könne, im Kapitalismus aber nicht. Meldungen wie „schwarzer Rauch steigt über dem Reaktor auf“ zeigen, dass die Informationspolitik streng kontrolliert ist. Was das genau bedeutet, was wirklich passiert ist, dringt nicht nach außen.

Als der Unfall in Reaktor 1 passierte, hätten auch sofort die anderen Reaktoren mit Wasser gekühlt werden müssen. Doch TEPCO wartete damit ab, weil sie eine Beschädigung der Reaktoren verhindern wollten. Der Profit ist den kapitalistischen Konzernen selbst in solchen Momenten noch

wichtiger als alles andere! Ebenso gibt es mittlerweile Stimmen, die argumentieren, TEPCO hätte sofort die betroffenen Atomkraftwerke mit Beton versiegeln müssen (wurde in Tschernobyl gemacht), um den Austritt radioaktiver Strahlung zu begrenzen. Doch auch das wollte TEPCO auf jeden Fall vermeiden, weil es ein finanzielles Desaster für den Konzern bedeutet hätte - lieber das atomare Desaster, für Jahrzehnte verstrahlte Nahrungsmittel, Wasser und Menschen.

Der Sprecher des japanischen Amtes für Nuklearsicherheit, Hidehiko Nishiyama, räumte Anfang April ein, dass sowohl der japanischen Atomaufsichtsbehörde wie TEPCO die Erdbebengefahr und die mangelnde Sicherheit der AKWs bekannt gewesen seien. Fukushima 1 stand demnach kurz vor der Überprüfung. Doch das Erdbeben und der Tsunami kamen früher. Am 12. April stufte die japanische Atomaufsichtsbehörde den Unfall in Fukushima auf Stufe 7 ein - die höchste Stufe, die bisher nur Tschernobyl erreicht hatte.

### **Die indirekten Folgen**

Die Reaktion des japanischen Kapitals lässt sich an Zynismus und Verlogenheit nicht mehr überbieten. Während einer Pressekonferenz am 16. März lobte Yonekura Hiromasa, Vorsitzender von Nippon-Keidanren (Wirtschaftsverband Japan), die japanischen Atombehörden und sagte: „Japanische Kernkraftwerke sind so robust, dass sie dem größten Erdbeben der letzten tausend Jahre widerstehen. Es ist wunderbar. Japanische Atombehörden sollten stolz darauf sein.“

Bei solchen Aussagen fehlen einem die Worte. Er und seine Konsorten werden die ersten gewesen sein, die ihre Villen aus dem betroffenen Gebiet mal eben wo anders hingelegt haben, und auf die Lebensmittel und das Leitungswasser werden sie auch nicht angewiesen sein.

Nicht nur die direkten Folgen lassen die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum in Japan bluten, auch die indirekten. Viele Kleinbauern aus

der Region haben ihre kompletten Vorräte, viele sogar ihr ganzes Land verloren. Tausende Familien, die dort seit Jahrzehnten leben, haben alles verloren und müssen ihre Existenz verlassen. In Japan fragt sich zusätzlich: wohin eigentlich? Denn viel Platz ist auf der Insel nicht. Die Wirtschaft in Japan ist natürlich auch schwer getroffen. Vor allem über die Autohersteller wird berichtet, dass viele Zulieferfirmen ausgefallen seien. Das Kapital wird sämtliche Kosten dafür auf die Arbeiterklasse abwälzen. Sie selbst werden von der Regierung subventioniert werden, um „Arbeitsplätze zu sichern“. In Wirklichkeit sind bereits jetzt Tausende von Arbeiter\_innen von Arbeitslosigkeit betroffen, viele weitere werden vermutlich folgen. In Japan wird auf längere Sicht nichts so sein wie zuvor.

### **Und die Bundesregierung?**

Zum Schluss möchten wir noch, wie am Anfang des Artikels angekündigt, auf die Folgen für die Atompolitik in Deutschland zu sprechen kommen. Die Geschehnisse in den letzten Monaten ließen die Atomlüge von der „Beherrschbarkeit“ und „Sicherheit“ wie Seifenblasen platzen. Und so fiel auch die Bundesregierung wie ein Kartenhaus in sich zusammen – das Milliardengeschenk für die Energiekonzerne, die Laufzeitverlängerung, wurde ausgesetzt. Und plötzlich sprechen die großen Pro-Atom-Parteien CDU und FDP vom „Ausstieg aus der Risikotechnologie“.

Dass das ganze ein reines Manöver ist, ist wohl allen klar. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle verplapperte sich vor seinen Freunden des BDI (Bundesverband der deutschen Industrie) und sicherte ihnen zu, dass es sich um ein reines Wahlkampfmanöver handelte. Die Öffentlichkeit war empört – dabei sollte er für so viel Ehrlichkeit im Gegensatz zu Kanzlerin Merkel gelobt werden!

Grüne und SPD spielen sich als Alternative auf, als ob es ihre Bundesregierung nie gegeben hätte, während dieser in 8 Jahren kein einziges AKW abgeschaltet wurde, sondern im Gegenteil mit der „Atomkompromiss“ der ungestörte, abgesicherte Weiterbetrieb der Zeitbomben zugesichert wurde (und vor allem auch der Anti-AKW-Bewegung in den Rücken gefallen

und der Wind aus den Segeln genommen wurde). Die Ereignisse in Japan zeigen nicht, dass eine Rot-Grüne Regierung eine bessere Alternative wäre, sondern dass der Kapitalismus als System das Problem ist, ein System das den Profit einiger weniger vor alles weitere stellt.

Und auch einige Lehren über unseren hochgelobten „Rechtsstaat“ stehen wieder bereit. RWE hat bekannterweise bereits Klage gegen das Abschalten seiner AKWs eingelegt. Und es sieht wohl nicht so schlecht aus, dass der Konzern eine hohe Entschädigung einklagen kann. Offensichtlicher kann doch nicht gezeigt werden, dass die Regierung gegenüber dem Großkapital, in Gestalt der großen Konzerne, machtlos ist, selbst wenn sie etwas gegen sie unternehmen wolle. Dieser Staat ist Ausdruck ihrer Herrschaft. Der „Rechtsstaat“ hat die objektive Aufgabe, das Recht des Kapitals zu verwalten und durchzusetzen! Oder können wir auch - nicht nur formell, sondern realistisch - gegen die Laufzeitverlängerung klagen und haben eine Aussicht auf eine Entschädigung in Millionenhöhe, dafür dass unsere Umwelt weitere Jahre radioaktiv verseucht wird und wir in ständiger Gefahr eines radioaktiven Unfalls leben?

Noch heute wirkt die Katastrophe von Tschernobyl nach. Die Propaganda hat den Menschen eingetrichtert, dass die Kernschmelze der beste Beweis dafür gewesen sei, dass der Kapitalismus dem „Kommunismus“ überlegen sei. Ja, Tschernobyl hat vor 24 Jahren gezeigt, dass der Stalinismus seinem Ende entgegen ging. Genauso zeigt uns heute Fukushima, dass es höchste Zeit wird, mit dem Kapitalismus Schluss zu machen!

**One Solution - Revolution!**

---

**Jemen, Bahrain und Syrien - wie**

# entwickelt sich die arabische Revolution?

Derzeit schauen wir gebannt auf die Entwicklung in Libyen, wo sich die Rebellenmilizen einen ungleichen Kampf gegen die Spezialeinheiten Gaddafis liefern. Täglich wechseln die Meldungen aus den Städten Misrata, Berga u.a. über Gewinne und Niederlagen der aufständischen Milizen.

Dabei besteht die Gefahr, sich nicht mehr mit der Situation in anderen Staaten zu befassen - den Staaten, in denen die Revolution weiter fortschreitet. Ebenfalls dürfen wir die Entwicklung in Tunesien und Ägypten nicht aus den Augen verlieren, dort konnten die Massenbewegungen einen ersten Sieg erringen. Nun stellt sich dort die Frage, wie es weitergeht, oder ob die Revolution schon zu Ende ist.

Besonders interessant ist die Entwicklung auf der arabischen Halbinsel. In zwei Staaten, Jemen und Bahrain, sind die Massen auf den Straßen. Im Jemen schon seit den ersten Protesten in Tunesien. Diese Entwicklung ist deswegen von Bedeutung, weil es auch in Saudi Arabien schon erste kleinere Proteste gab, die dann allerdings sofort verboten und niedergeschlagen wurden - besonders für den US Imperialismus ist das saudische Königshaus der wichtigste Verbündete in der Region, aus der ökonomischen Perspektive wahrscheinlich der wichtigste Verbündete weltweit.

## **Bahrain**

In Bahrain leben ca. 750 000 Menschen, inklusive 250 000 Migrant\_innen, welche hauptsächlich in der Ölindustrie und im Dienstleistungsbereich tätig sind. Von den 500 000 Bahrainis gehören knapp 70% der Religionsgemeinschaft der Schiiten an und diese werden seit 50 Jahren von einem sunnitischen Königshaus beherrscht. Für die Schiiten in Bahrain bedeutet dies vor allem politische und soziale Unterdrückung. Sie haben weniger Zugang zu den politischen Entscheidungen und werden vom Staatsdienst ausgeschlossen, insgesamt leben sie als „Bürger 2.Klasse“.

Bahrain ist das Dienstleistungszentrum auf der arabischen Halbinsel, eine Drehscheibe des Finanzmarktes in der Region und beliebtes Tourismusziel für die reichen Scheichs aus den Nachbarländern. So sind viele Dinge, die in Saudi Arabien verboten sind, wie z.B. Alkohol, in Bahrain erlaubt.

Seit vielen Wochen haben sich immer wieder Zehntausende auf dem Perlenplatz in der Hauptstadt Manama versammelt. Zu den Hauptforderungen der Demonstrationen gehörte die Umwandlung der absoluten Monarchie in eine repräsentative Staatsform, eine neue Verfassung und die Zulassung von Parteien, d.h. eine Einschränkung der absoluten Macht des Monarchen Al-Khalifa. Das Königshaus bestimmt bislang, welche Listen im bedeutungslosen Parlament sein dürfen. Allerdings war es mit das erste Emirat, in dem auch Frauen politische Ämter ausüben durften. Bislang sind die Sicherheitskräfte, die zu großen Teilen aus Migrant\_innen bestehen (Inder + Pakistani), sehr brutal gegen den Widerstand vorgegangen, von mehreren Dutzend Toten und vielen Hundert Verletzten ist die Rede. Seit Anfang März sind zudem noch 1000 saudische Soldaten in Bahrain eingerückt. Dies geschah auf Beschluss des „Golf - Kooperationsrates“, welcher unter Kontrolle der USA steht.

Die USA hat ihre 5.Flotte in Bahrain stationiert, inkl. 5000 Soldaten - Bahrain ist ein strategisch wichtiger Knotenpunkt zur Kontrolle des persischen Golfes. Von dieser Insel aus ist es möglich, die saudischen Ölfelder zu überwachen. Ebenso dient Bahrain der USA als Stützpunkt gegen den Iran. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die USA in Bahrain nicht für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte eintreten, sondern der Gewalt gegen den Widerstand quasi zusehen, bzw. durch ihr Nichtstun gutheißen.

## **Jemen**

Im Jemen gibt es seit dem 27.Januar Proteste gegen das autoritäre Regime des Präsidenten Saleh, welcher seit über 30 Jahren regiert. Dieser war zunächst Präsident des Nordjemen seit 1978 und hat dieses Amt auch nach der Vereinigung mit dem Südjemen im Jahr 1990 inne (der Nordjemen war westlich und der Südjemen stalinistisch orientiert). Einer der Auslöser der Proteste war das Vorhaben von Saleh, sich das Präsidentenamt auf

Lebenszeit zu sichern. Ebenfalls wurden vor allem studentische Aktivist\_innen von den Protesten in Tunesien motiviert, sich gegen die Diktatur aufzulehnen.

Fast die Hälfte der ca. 20 Millionen Jeminit\_innen ist 15 Jahre oder jünger, doch diese Jugend hat keine soziale Perspektive. Schon immer war der Jemen das Armenhaus der arabischen Welt, heute gehen verschiedene Schätzungen davon aus dass 40-60% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben. Besonders auf dem Land sind die Verhältnisse hoffnungslos. Dort leben ca. 80% der armen Jeminit\_innen, und diese müssen zwei Drittel bis drei Viertel ihrer finanziellen Mittel für ihre Ernährung ausgeben.

Bildung, Gesundheit und das gesamte Sozialsystem liegen am Boden. Stattdessen ist Jemen Verbündeter der USA und Großbritannien im Kampf gegen den „Terrorismus“. Besonders im Nordjemen gibt es einen permanenten Krieg, dort werden Al-Quaida Zellen gejagt - dafür wird Geld im Jemen ausgeben, bzw. werden Finanzmittel vom Imperialismus zur Verfügung gestellt.

Seit Beginn der Proteste verliert Saleh auch innerhalb der alten Elite zunehmend Rückhalt, so distanzierten sich auch führende Generäle vom Präsidenten, ein Generalmajor versprach, dass seine Truppen die Demonstrant\_innen schützen würden.

Am 18.März gab es bislang den blutigen Höhepunkt des Konflikts. An diesem Tag starben 52 Menschen und ca. 300 wurden verletzt. Insgesamt starben bislang wohl mindestens 90 Menschen bei den Protesten. Die Opposition kann man derzeit am besten als eine „Volksfront“ verschiedener Kräfte darstellen, von ehemaligen stalinistischen Gruppierungen (der ehemaligen Staatspartei des Südjemens), islamistischen und arabisch-nationalistischen (nach dem ehemaligen Präsidenten von Ägypten Gamal Abdel Nasser auch als „nasseristisch“ bezeichnet) Kräften, welche jeweils auch bewaffnete Kräfte stellen.

Bis zu den nächsten Wahlen im Herbst wird eine Neuaufstellung innerhalb der jeminitischen Einheitspartei (ehemalige Staatspartei des Nordjemens) erwartet. Immerhin hat der Sohn von Saleh wohl schon auf eine Kandidatur

verzichtet. Die USA und Großbritannien werden jedes Regime unterstützen, das ihnen weiterhin das Staatsterritorium zum Kampf überlässt – daher muss die Opposition geeint die imperialistische Kontrolle über das Land bekämpfen.

Sollten im Jemen und in Bahrain die Regime kippen, stellt sich unweigerlich die Frage, wie das saudische Königshaus weiter regieren kann – hier steht und fällt die Vorherrschaft der USA in der Region und auch der letzte Stützpfeiler der wackelnden US – Ökonomie. Eine demokratische Bewegung, welche die Mindestforderungen gegen die Monarchie und zur Gleichstellung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen stellt, kann somit zur größten aktuellen Bedrohung des US – Imperialismus werden.

## **Syrien**

In Syrien herrscht der Assad – Clan seit über 40 Jahren. Dort „gelang“ im Jahr 2000 auch der Übergang von Vater Assad zu Sohn Assad, welcher das Regime fortsetzte. Obwohl es manch Hoffnungen in den Sohn Baschar al Assad gab, dass dieser sein Land öffnen würde, hat der junge Assad nur die Politik der alten Elite fortgesetzt. Ähnlich dem System in Libyen und dem Regime von Saddam Hussein im Irak nennt sich Syrien heute „sozialistische Volksrepublik“. Dies ist vergleichbar mit vielen ehemaligen stalinistischen Regimen. Es gibt ein Einparteiensystem, die Baath – Partei und einige gesteuerte „Blockparteien“ (die gabs auch in der DDR) bestimmen das Land. In der Rechtsprechung wird der Religion, der islamischen Scharia vertraut – dies ist ähnlich der libyschen „Volksrepublik“. Die Baath – Parteien waren im Irak und Syrien stalinistische, nationalistische Parteien, welche ideologisch aus dem „Panarabismus“ stammten und ebenso Teile des Stalinismus kooptierten.

In Syrien ist die Herrschaftselite zudem auf die Religionsgruppe der Alawiten beschränkt, welche 10% der insgesamt 20 Millionen Syrer ausmachen. Diese ist dem schiitischen Islam näher, während 75% der Bevölkerung der sunnitischen Glaubensrichtung angehören. Der syrische Staat zeichnet sich durch verschiedene Geheimdienste und Spitzelorgane aus. Auf vielen öffentlichen Plätzen herrscht ein Gefühl der Angst und Beobachtung. Die

Folterkeller Syriens werden auch von westlichen Geheimdiensten benutzt, wie dem BND und CIA. Seit knapp 50 Jahren gilt der Ausnahmezustand in Syrien, dies hat auch der junge Assad nie aufgehoben. Zu seinen großen Reformen, die er im Jahr 2000 ankündigte, gehörte die Öffnung des Internets. Seitdem kann „Facebook“ und „Twitter“ genutzt werden. Dies gilt vielen in der Opposition aber nur als weiteres Mittel, die Opposition überwachen zu können - daher werden diese Medien vom syrischen Widerstand auch kaum genutzt. Inzwischen deutet vieles darauf hin, dass Assad eine militärische Lösung vorbereitet. Die Hafenstadt Banjas, Zentrum der ersten Proteste, wurde abgeriegelt.

Ebenfalls gab es Berichte, dass bewaffnete Alawiten sunnitische Demonstrant\_innen beschossen und getötet hätten. Mitte April ist die Armee in Banjas eingerückt, von ihr ist das Gleiche zu erwarten.

### **Der Fortgang der arabischen Revolution**

Während sich in den genannten Staaten die Massen erheben und die Regime bedrohen, wird es für die gesamte Entwicklung entscheidend werden, wie sich die Lage in Tunesien und vor allem Ägypten weiter darstellt. Besonders in Ägypten haben die Massen erste Schritte unternommen, die Militärregierung heraus zu fordern. Am 8. April gab es die erste Großdemo mit mehreren Hunderttausenden, die weitere Schritte des Militärs forderten, besonders was die Strafverfolgung des Mubarak - Clans angeht. In der Nacht von Freitag zu Samstag räumte das Militär zunächst den Tahir Platz, ab 3 Uhr nachts gilt jetzt eine Ausgangssperre. Dabei schossen die Soldaten in die Menge, drei Demonstrant\_innen starben, dies waren die ersten Todesopfer seit dem Rückzug von Mubarak. Die Massen glauben noch an eine „Unabhängigkeit“ des Militärs, dass das Militär eine Art politischen „Schiedsrichter“ darstellen könnte, die Vorkommnisse vom 9. April zeigen den wahren Charakter des Militärs.

Für die weitere Entwicklung ist es wichtig, wie sich die Gewerkschaften und die linken Aktivist\_innen für die nächsten Monate aufstellen. Wenn es ihnen gelingt, das Militär als das bloßzustellen was es ist - als Helfershelfer des Imperialismus - dann kann die ägyptische Revolution eine neue Stufe

erklimmen. Dazu müssen sie die sozialen Forderungen der Revolution erheben und einen Streik durchsetzen, der schon Mubarak aus dem Amt trieb - einen unbefristeten Generalstreik!

In einer solchen Situation wird die Armee nicht mehr „neutral“ oder „unabhängig“ erscheinen. Dann muss sie die Interessen des internationalen Kapitals umsetzen, vor den Augen Millionen Ägypter\_innen! Schon beim Sturz Mubaraks hatte die Armee nicht mehr die Kontrolle über die Soldaten. Diese wollten kein Massaker auf dem Tahir Platz veranstalten und solidarisierten sich mit den Massen. Diese Ausgangssituation kann die Macht der Generäle, des Generalrats endgültig brechen. Dann können die Soldaten, die Beschäftigten und die Jugend ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und erneut eine mächtige Dynamik in der arabischen Welt bewirken.

---

## **Die Katastrophe in Japan ist eine Folge des kapitalistischen Systems!**

Japan wurde von einem schrecklichen Erdbeben heimgesucht, das eine verheerende Tsunami-Welle ausgelöst hat. Das Erdbeben und die Welle haben das Land verwüstet. Mittlerweile wird von über 7000 Toten gesprochen, über Zehntausend werden noch vermisst. Niemand weiß wirklich, wie viele Menschen gestorben sind. Denjenigen, die überlebt haben, bietet sich ein Bild des Schreckens. Viele haben alles verloren. Ganze Häuser, ja ganze Straßen und Dörfer wurden von der Flutwelle weggespült. Weite Teile des Landes sind komplett zerstört. Das wirkliche Ausmaß dieser Katastrophe ist wie immer noch nicht absehbar, und wird es wahrscheinlich auch noch lange bleiben, auch lange noch nachdem die Medien sich nicht mehr für das Thema interessieren werden.

Das Ausmaß der Zerstörung wird die Handlungsfähigkeit der Regierung in Japan unter Beweis stellen. Für sie ist es das wichtigste, den Kurs-Sturz der Börsenwerte zu verhindern und möglichst schnell die Produktion wieder in Gang zu setzen. Das unvorstellbare Leid der Zehntausenden Menschen spielt eine nachgeordnete Rolle! Es wird sich außerdem die Frage stellen, wer für die Schäden bezahlen soll. Kein Zweifel dass hier die japanische Regierung die Arbeiterklasse zur Kasse bitten wird, während die Kapitalist\_innen vermutlich noch mit Subventionen gefüttert werden.

Doch als wäre ein Erdbeben und eine Tsunami-Welle noch nicht genug - Regierung und Stromkonzerne setzen noch einen drauf: (mindestens) eine Kernschmelze in einem Atomkraftwerk. Tatsächlich, das allerschlimmste, was passieren kann. Und das, was - wie uns immer wieder erzählt wird - eigentlich überhaupt gar nicht passieren kann.

Tagelang reihten sich eine Hiobsbotschaft nach der anderen bezüglich der Kernkraftwerke Fukushima I und II aneinander. Erst hieß es, es gebe keine Gefahr, dann gab es eine Explosion in einem Reaktor von Fukushima I, danach wieder keine Gefahr, dann plötzlich doch eine „geringe Kernschmelze“. Und es ist auffällig, dass danach von „erhöhter Strahlung“, „dramatischen Vorfällen“ und „ausgebrochenen Feuern“ die Rede war. Das Wort Kernschmelze (oder auch fälschlicherweise „Super-GAU“) wurde nicht mehr erwähnt.

Die genaue Situation vor Ort ist unklar. Mittlerweile spricht die internationale Atomenergiebehörde IAEA davon, dass das Risiko einer Kernschmelze sinke. Wollen wir hoffen, dass das der Wahrheit entspricht und sie Recht behalten werden.

Was eine Kernschmelze in dem dicht besiedelten Japan, noch dazu in dieser Situation, bedeuten würde, das ist zu schrecklich um es sich vorstellen zu können. Kilo-weise radioaktives Material würde freigesetzt werden. Mit Wind und Wasser wird es verteilt, es kann das Grund- und das Trinkwasser kontaminieren. Die „Sperrzone“ von erst 10, dann 20 und mittlerweile 30 km ist reine Makulatur. Natürlich steigt die Strahlungsmenge, desto näher man sich dem ehemaligen Reaktor nähert - aber Wind und Wetter machen nicht

vor einer Sperrzone halt. Dass die Regierung behauptet, es gehe keine Gefahr für die Bevölkerung aus, ist eine dreiste, zynische Lüge! Bereits winzige Mengen radioaktiven Materials könnten eine ernsthafte Gefahr für Tausende von Menschen bedeuten.

So wurde mittlerweile eingestanden, dass es zu radioaktivem Regen kommen kann und im Trinkwasser Tokios wurden „erhöhte Strahlungsmengen von radioaktivem Iod“ nachgewiesen ([www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de)). Außerdem wurden in Lebensmitteln aus der Region um Fukushima erhöhte Radioaktivität festgestellt.

Ein unkontrolliertes Austreten einer viel größeren Menge an künstlich geschaffenen radioaktivem Material bei einer Kernschmelze - niemand kann wirklich sagen, was das bedeuten würde.

Noch heute leiden die Menschen in Hiroshima und Nagasaki unter den Folgen des Atombomben-Anschlags der USA am Ende des 2. Weltkriegs. Noch heute leiden die Menschen in Tschernobyl und Umgebung unter den schrecklichen Folgen der ersten - und bislang einzigen - Kernschmelze eines AKW. Menschen werden schrecklich entstellt geboren, bekommen Krebs, sterben.

Noch heute gilt der Vorfall in Tschernobyl als „Beweis“ für die Überlegenheit des Kapitalismus über den „Kommunismus“. Die dortige Kernschmelze wird meist mit dem dortigen System verbunden und erklärt. Hier, im kapitalistischen Westen, könne so etwas nicht passieren.

Jetzt ist das aber (fast) in Japan passiert. Moment mal, was war Japan noch gleich für ein Land? Japan, das ist nicht Nord-Korea. Das ist nicht ein böses „kommunistisches“ Land, auch unseres Wissens nach kein erklärten „Schurkenstaat“. Nein, Japan ist eines der führenden Industrieländer der Welt, seit jeher Wirtschaftsstabilisator und G8-Mitglied - und, nebenbei gesagt, eine „aufgeklärte Demokratie“.

Unter diesem schrecklichen Vorfall wird klar, welche Lügen uns jeden Tag von Regierung, Kapital und Medien erzählt werden. Es stimmt, dass für die Kernschmelze in Tschernobyl ein technischer Defekt und eine riskante

Betriebsführung die Ursache war, wohingegen jetzt in Japan ein Erdbeben zu dem Vorfall geführt hat. Aber was haben denn die Verantwortlichen gedacht? Dass ein Erdbeben vor einem AKW halt macht?

Deshalb tragen Regierung und AKW-Betreiber natürlich dennoch die volle Verantwortung! Genauso wie die Kernschmelze in Tschernobyl damals weltweit gezeigt hat, dass der Stalinismus ein marodes und beschissenes System ist, genauso zeigt das heute Fukushima über den Kapitalismus!

Die Atomkraft ist eine Technologie, die vor allem die fettesten Profite für die Energiekonzerne sichert. Aber wir sehen, wie sicher sie ist. Wie kann es sein, dass das Unpassierbare, das was nie passieren kann, was komplett ausgeschlossen ist, doch wieder passiert ist? Und vor allem - wie oft muss es noch passieren?

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu ein Schlag ins Gesicht, wenn Bundeskanzlerin Merkel ankündigt, dass die Atomkraftwerke in Deutschland „überprüft“ werden sollen. Da ist gerade (fast) eine Kernschmelze passiert, und jetzt kommt die Regierung auf die Idee, dass man doch mal die Atomkraftwerke hierzulande überprüfen sollte?

Diese Regierung muss weg! Das ist offensichtlich. Sie wird auch weiterhin die Profite für die Energiekonzerne sicherstellen. Selbst wenn sie jetzt die Laufzeitverlängerung „aussetzen“ wollen, was heißt das schon (ausgestrahlt jubelt schon wieder)? Nichts heißt das, bzw. es heißt, dass die Bevölkerung ruhig gestellt wird und alles schön weiter läuft! Dass jetzt „erst mal“ ein paar AKW's vom Netz sind ist ebenfalls nichts weiter als eine Ruhigstellungsmaßnahme. Es zeigt obendrein, dass es eine Lüge ist, dass die AKW's dringend benötigt würden.

Doch RWE und Co. haben schon angekündigt, dass der Strompreis dadurch steigen wird. Und in ihrer Monopolstellung können die Energiekonzerne das auch machen! Und die Regierung schaut tatenlos zu.

Die Frage der Atomenergie ist nicht nur eine Frage der „richtigen“ oder „falschen“ Energiepolitik oder der „guten“ oder „bösen“ Anbieter. Es ist eine Frage der Organisation der Wirtschaft und der Gesellschaft. Die

Energiekonzerne müssen enteignet werden! Jetzt sofort! Sie müssen enteignet und unter die Verwaltung und Kontrolle der arbeitenden Menschen gestellt werden. Nur Gremien der Arbeiterklasse, Räte, in denen sowohl gewählte Vertreter\_innen der Kraftwerke, der Gewerkschaften und anderer Bereiche arbeiten, können sicherstellen, dass die Energieproduktion künftig nach menschlichen Bedürfnissen, und nicht nach Profit-Interessen ausgerichtet wird.

Und natürlich müssen wir weg von der Atomkraft! Die Atomkraftwerke müssen abgeschaltet werden, ohne wenn und aber! Gleichzeitig können und müssen die Arbeitskräfte, das Know-How, zum Aufbau eines neuen Energiesystems genutzt werden.

- Für den sofortigen Rücktritt der Regierung!
- Für die sofortige Enteignung aller Energiekonzerne!
- Für die Gründung von Arbeiterräten, die die enteigneten Kraftwerke und die Infrastruktur kontrollieren und verwalten!
- Für den sofortigen Entwurf eines Plans - aufgestellt, kontrolliert und verabschiedet von den Arbeiter\_innen, organisiert in Räten - zum Ausstieg aus der Atomkraft und der Kohlekraft zum schnellstmöglichen Zeitpunkt und der Umstellung auf erneuerbare Energien!

Bei der Mobilisierung der Arbeiterklasse spielen heute die Gewerkschaftsführungen eine besondere Rolle, die ihrer Aufgabe nicht nur nicht nachkommen, sondern diese bewusst sabotieren und dagegen arbeiten. Wir fordern die Gewerkschaftsführungen auf, für die Teilnahme an den Anti-AKW-Aktionen aufzurufen und darüber hinaus für eine Arbeiterkontrolle einzutreten!

**One Solution - Revolution!**

---

# **5 Gründe warum wir ausländische Interventionen in Libyen ablehnen**

Seit zwei Kriegsschiffe näher an die Libysche Küste beordert wurden und verschiedenen Ländern ein Überflugverbot diskutieren, steigt die Wahrscheinlichkeit eines Einmarsches ausländischer Truppen in Libyen.

Und warum sollten sozialistische Gruppen, wenn Diktator Gaddafi einen brutalen Krieg gegen sein eigenes Volk führt, einen Einmarsch ausländischer Truppen, seien es die der USA, NATO oder UN- ablehnen?

---

## **Nordafrika und der Nahe Osten - eine ganze Region im Aufbruch!**

*Februar 2011*

Seit Mitte Januar, seit der Flucht des tunesischen Diktators Ben Ali nach Saudi - Arabien, gab es tägliche Meldungen über Proteste und Aufstände in Nordafrika und dem Nahen Osten. Die tunesische Revolution, die Massenproteste in Ägypten, Algerien, Jordanien und dem Jemen haben eine Sprengkraft entwickelt die in der Lage ist, die Diktaturen der Region zu zerschlagen. In unserem Artikel wollen wir zunächst die politischen und sozialen Verhältnisse dieser Staaten beleuchten, sowie ihre internationale Bedeutung und die Perspektive für die revolutionären Massen diskutieren.

Vieles an der aktuellen Situation erinnert „Ältere“ (also die, die den Zerfall der Ostblock-Bürokratien erlebt haben), an die Vorkommnisse 1989/90 in den Staaten des „Warschauer Paktes“. Damals klappten die stalinistischen Bürokratien wie Domino Steine zusammen, ein ähnliches Szenario ist in den

nächsten Wochen und Monaten in der arabischen/islamischen Region möglich.

## **Die Diktaturen**

Von Marokko bis zum Jemen regieren fast ausschließlich reaktionäre Regime, die vom Imperialismus, den westlichen Staaten unterstützt werden, allein Syrien und der Iran gelten als „Schurkenstaaten“, sie sind keine Verbündeten des Westens.

Diese Regime entstanden zumeist aus dem Militär, viele Diktatoren sind seit Jahrzehnten an der Macht und Marionetten des Imperialismus. Der sogenannte „Revolutionsführer“ Gaddafi in Libyen regiert seit 1969, Mubarak war es 30 Jahre lang. Insgesamt drei Jahre länger ist der Präsident vom Jemen, Sahled, an der Macht und auch die Feudalsippe der Haschemiten in Jordanien ist es seit 1952.

Ideologisch waren die meisten Regime mal dem arabischen Nationalismus und den Unabhängigkeitsbewegungen nahe, zumeist mit einer stalinistischen, volksfrontartigen Partei im Anhang, so firmierten z.B. die „Baath“ Parteien von Syrien und dem Irak auch jahrzehntelang als sozialistisch, ähnlich dem „Revolutionsführer“ Gaddafi in Libyen. Bestimmte Teile des Militärs und Teile der Oligarchien stellen zumeist den Staat, sie vertraten offiziell Nationalismus, den Islam und gleichzeitig das Bündnis aller Klassen in der Volksfront. Praktisch wird dies am Beispiel des tunesischen Diktators, sein Clan war gleichzeitig die ausbeutende Klasse im Staat, über sie wurde der Profit verteilt und wenn auch die Konten jetzt gesperrt sind, so soll Ben Ali noch 1 Tonne Goldbarren mit sich herum schleppen. Dieses anschauliche Beispiel zeigt, wie die Realität in den Staaten Nordafrikas und des gesamten Nahen -und Mittleren Osten aussieht.

Eine kleine Schicht aus Bürokratie, Armee und Geheimdienst kontrolliert den Staat, eignet sich den gesamten Profit an, unterdrückt jede andere politische Meinung und handelt ganz im Interesse des internationalen Finanzkapitals und der imperialistischen Mächte.

Während der Ost-West Konfrontation bis 1989 gelang es einigen Regimes zwischen beiden Polen zu manövrieren, seit 1990 mussten fast alle Staaten sich der US-Hegemonie in der Region unterwerfen. So finanziert die USA den meisten Staaten in der Region das Überleben, aktuell waren die jährlichen 2 Milliarden US \$ Militärhilfe für Ägypten in der Diskussion, Tränengas und

Munition „Made in USA“ wurden dort von Beginn an gegen die revolutionären Massen eingesetzt.

Besonders zuverlässig waren diese Diktaturen wenn es um den Palästina-Konflikt ging. Ägypten ist seit Jahren dabei auf Befehl der USA und Israels einen Sperrwall an der Grenze des Gaza - Streifens zu bauen, schoss auf Demonstranten auf beiden Seiten und handelte damit auch direkt gegen die Interessen des ägyptischen Volkes. Die allermeisten Regime beschwören mit leeren Worten einen palästinensischen Staat, in der Realität ist der palästinensische Widerstand isoliert und korrumpiert.

Diese Regime haben die ökonomischen und strategischen Interessen des Imperialismus durchgesetzt, Unterdrückung der Massen, Isolierung des palästinensischen Widerstands und Unterstützung im sogenannten „Kampf gegen den Terror“. Im Kampf gegen den Islamismus stützen sich die westlichen Imperialisten auf die nationalen Militärs und Marionettenregierungen wie in Pakistan und Jemen, die jede US Intervention auf ihrem Staatsgebiet zulassen.

### **Die soziale Lage**

In den meisten arabischen und islamisch geprägten Gesellschaften gibt es heute ähnliche soziale Probleme. Hauptsächlich richten sich auch die aktuellen Proteste gegen die Massenarbeitslosigkeit, gegen die zunehmende Armut und die gestiegenen Lebensmittelpreise. Besonders bei den Grundnahrungsmitteln wie Getreide sind die Preise in den letzten drei Jahren stark gestiegen, weltweit sind die Preise 80-200% höher als 2008. Dies war eine direkte Folge der Finanzkrise. Nachdem die Spekulationsblase am Immobilien -und Kreditmarkt geplatzt war, strömten Milliarden \$ & € in die Spekulation auf steigende Lebensmittelpreise, in den Markt.

Schon zuvor konnten viele arabischen Staaten nur durch staatliche Subventionen Grundnahrungsmittel und Benzin für die Bevölkerung bezahlbar halten. 2008 gab es in über 40 Staaten weltweit Hungerunruhen und Aufstände, davon waren auch viele Staaten des Maghreb betroffen, seitdem können die Regierungen in den ärmeren Staaten nur durch internationale Kredite ihre Subventionspolitik durchhalten, müssen aber immer wieder Preiserhöhungen zulassen. Diese Situation treibt nicht nur die Arbeitslosen in Stadt und Land in die Armut, sondern vermehrt auch alle Teile der Arbeiterklasse und der Mittelschichten. Gegen diese soziale

Situation gab es in Ägypten bspw. in den letzten Jahren immer wieder gewerkschaftliche Proteste und Streiks, darin forderten sie Lohnerhöhungen und ein Ende der Inflation, gerade innerhalb der Arbeiterklasse gab es eine Zunahme der sozialen Kämpfe.

Viele der islamisch/arabischen Staaten in der Region sind ökonomisch von USA und IWF (Internationaler Währungsfond) geknebelt. In den Diktaturen konnten alle Schweinereien gegen die Beschäftigten durchgesetzt werden, von der Verfolgung gewerkschaftlicher AktivistInnen bis zur massiven Lohndrückerei und Ausbeutung in den Fabriken. Aktuell ist das Beispiel der deutschen Unternehmen Adidas und Puma, sie sollen in marokkanischen Fabriken die Beschäftigten 60 Std. die Woche arbeiten lassen und dies bei knapp 40 Grad Raumtemperatur und unter Videoüberwachung, für sehr niedrigen Lohn. Auch würden weltweit viele IKEA Märkte leer bleiben, wenn nicht in Nordafrika für den schwedischen Großkonzern ausgebeutet wird. Die Märkte sind den Interessen des US-amerikanischen und europäischen Finanzkapitals ausgeliefert, diese eignen sich die Extraprofite an, die nationale Oligarchie bekommt zumindest soviel, dass die Diktatur genügend Militär und Polizei zur Unterdrückung der Massen hat und selber ein bisschen Profit anhäufen darf.

Dieses wird einer massiven Arbeitslosigkeit begleitet, besonders in der Altersgruppe der unter 30-Jährigen, dort gibt es Quoten von 30-50% und höher. Dieses soziale Elend wurde immer wieder durch tragische Einzelschicksale verdeutlicht. So wie sich im Dezember ein junger Tunesier in Brand steckte, da er es Leid war, in Armut zu leben und von korrupten Bullen schikaniert zu werden, solche Beispiele gab es häufig in den letzten Jahren in der arabischen Welt.

Die Massenproteste fordern ein Ende von Armut und Arbeitslosigkeit, fordern ein Ende des Reichtums der Wenigen auf Kosten der Lebensverhältnisse der Massen. Denn wo große Teile der Bevölkerung verarmen, da gibt es stets auch einen Teil der davon profitiert, so rühmt sich bspw. die ägyptische Elite, dass nun welche von ihnen Milliardäre seien, während breite Massen nicht ausreichend Lohn für die Lebenshaltung bekommen.

Diesen schreienden Widerspruch sahen die Massen Nordafrikas und des Nahen Ostens täglich, sie waren zudem korrupten Polizisten und

Geheimdiensten ausgeliefert, die auch versuchten von der Unterdrückung zu profitieren. Dies sind die Triebfedern der Bewegung und das verleiht ihnen auch eine soziale und geostrategische Sprengkraft. Die Vorherrschaft des US Imperialismus in dieser Region ist der wichtigste Pfeiler des US-Finanzkapitals - diese Vorherrschaft sichert die Kontrolle über die größten Öl- und Gasvorkommen auf dem Planeten.

### **Die Rolle der westlichen Staaten**

Wie beschrieben sind die USA, und in der Nachfolge die EU-Staaten, die vorherrschende Kraft in der Region, seit Jahrzehnten unterstützten sie die reaktionären Regime in der islamischen Welt. Dabei wurden stets jene Kräfte unterstützt, die am besten die imperialistischen Interessen umsetzen können, ob nun islamistische Feudalherrscher auf der arabischen Halbinsel (Saudi - Arabien, Kuwait, Katar, Bahrain, V.A.E., Oman) oder diktatorische Militärregime wie Ägypten, Tunesien oder Algerien. Noch vor einigen Wochen galten diese Herrscher als „verlässliche“ Partner des Westens, als diejenigen die in ihren Staaten den Kampf gegen Islamismus und Terrorismus führen und diese Kräfte in Schach halten können.

In der Realität unterdrückten diese Regime blutig die Volksmassen und kündigten die Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf und wurden „Partner“ des zionistischen Israels.

Deswegen ist der Imperialismus und seine Ideologie derzeit auch in einer Zwickmühle. Zum einen müssen sie quasi solidarisch mit den demokratischen Forderungen der Massen sein, schließlich wurden zuletzt zwei imperialistische Kriege gegen den Irak und Afghanistan geführt um „Demokratie“ zu bringen, zum anderen ist unsicher, ob eine neue Regierung genau so gut die imperialistischen Interessen umsetzen kann wie die alten Regime.

Entsprechend besorgt geben sich jetzt die Politiker und Medien-„Experten“ über die Zukunft der Region, über die Sicherheit im allg. und die mögliche Ausrichtung einer neuen Regierung im speziellen. Nicht auszudenken für die westlichen Interessen, wenn die Volksmassen tatsächlich Einfluss auf eine Regierung ausüben und zentrale Forderungen umsetzen könnten - gegen IWF, NATO oder zionistische Interessen.

Als allgemein gültiges Schreckgespenst dient dabei natürlich der „Islamismus“, dieser müsse sofort verhindert werden, nicht dass

„extremistische Trittbrettfahrer“ (Außenminister Westerwelle) die Revolution „missbrauchen“ würden. Bislang sind die schärfsten Islamisten, die wahabitische Auslegung des Islam in Saudi Arabien, wichtige Verbündete des Westens, solange die „Scheichs“ investieren und kaufen, interessiert niemanden im Westen deren Auslegung des Islam.

Es ist aber offensichtlich, warum gerade jetzt im Westen vor „Islamisten“ gewarnt wird, sollten die eigenen Interessen bedroht sein, würde der Imperialismus auch massive Gewalt befürworten - Hauptsache die „Sicherheit“ bleibt erhalten.

Entsprechend skeptisch bewertet die israelische Rechts-Regierung um Netanjahu die demokratischen Revolutionen und Bewegungen in der arabischen Welt. Gerade Israel profitierte von Marionettenregierungen der arabischen Welt, seit dem Yom-Kippur-Krieg 1973 kann es seine aggressive Kriegs- und Besatzungspolitik ungestört fortsetzen, die arabischen „Führer“ isolierten den palästinensischen Widerstand, schon zur Zeit der PLO unter Arafat und erst recht, in der jetzt vorhandenen Spaltung des palästinensischen Widerstands zwischen der Fatah im Westjordanland und der Hamas im Gaza-Streifen.

Israel wird ein großes Interesse haben, auf die künftigen Regierungen Einfluss auszuüben, jede Regierung, die die Palästinenser unterstützen will, wird als Feind bezeichnet und wahrscheinlich auch behandelt.

Heute ist diese Region entscheidend für die kapitalistische Weltwirtschaft. Die großen Öl- und Gasreserven in der Region, der Suez Kanal in Ägypten als wichtiger Knotenpunkt, ebenso der persische Golf als Transportweg des „schwarzen Golds“ - verlieren die USA und die EU die Kontrolle über diese Region, dann sind auch ein Großteil der Extraprofite gefährdet.

Aus diesen Gründen sind die imperialistischen Mächte auch gezwungen, die Kontrolle über mögliche neue Regierungen in den arabischen Staaten zu behalten, bekanntes Mittel dabei sind sog. „Übergangsregierungen“ oder auch „Regierungen der nationalen Einheit“.

### **„Übergang“ - nur wohin?**

Viele „Experten\_innen“ sprechen jetzt vom „schwierigen Übergang zur Demokratie“ und machen sich Gedanken, ob denn die Völker das hinbekommen, oder nicht doch plötzlich Extremisten das Ruder übernehmen. Als Allheilmittel für die politische Transformation gilt dann meistens die

„Übergangsregierung“, bzw. die „Regierung der nationalen Einheit“. Wie bei den meisten Regierungen handelt es sich auch bei diesen beiden Formen um Mogelpackungen. Denn wer zur „nationalen Einheit“ gehört, bestimmen meistens die alten Eliten und internationale „Berater“ – die Bewegung kann nie ihre VertreterInnen selber wählen, meist werden gefällige Oppositionelle eingeladen. Auch der Begriff „Übergang“ hält einige Täuschungen parat, hier ist nicht der Übergang der Macht in die Hände des Volkes und der Protestbewegung gemeint, sondern ein geordneter Übergang zu einer neuen Machtelite, die die vorherigen Besitzstände nicht angreift und konsequent die Interessen des internationalen Finanzkapitals umsetzt.

Inzwischen haben wir am Beispiel Ägypten gesehen, wie sich der Westen eine neue Regierung vorstellen kann. Auf gar keinen Fall dürfen die, zum Teil islamistischen, „Muslim Brüder“ die neue Regierung anführen, dann könnten imperialistische Interessen bedroht sein, ebenfalls hat der Westen schon eine Vorstellung darüber, wer Mubarak beerben soll – Mohammad El – Baradei, ehemaliger Chef der Internationalen Atomenergiebehörde und Friedensnobelpreisträger.

In Tunesien wird zunächst weiterhin der Nachfolger Ben Alis, Ghannouchi unterstützt, dieser soll den „Übergang“ zu den nächsten Wahlen organisieren, damit unterstützt der Westen auch in Tunesien die weiteren Polizeieinsätze gegen die DemonstrantInnen und den Kampf gegen die revolutionäre Bewegung.

### **Die Rolle der Armee beim „Übergang“**

In Tunesien und danach in Ägypten galt ein besonderes Augenmerk stets der Armee, wie würden sich die Generäle verhalten und als die ägyptische Armee verkündete, dass sie nicht auf das eigene Volk schießen würde, waren besonders die westlichen Kommentatoren schwer begeistert.

Wir müssen festhalten, dass die Armeen, speziell die Generalstäbe der meisten arabischen/islamischen Staaten, die verlässlichsten Verbündeten des Imperialismus darstellen. Die Militärs bekommen nicht nur die jährliche Militärhilfe vom Imperialismus, das Militär hat sich auch große Teile der nationalen Wirtschaft unter die Nägel gerissen und bekommt so auch ein paar Profite ab.

Dieses Militär war jahrzehntelang für blutige Unterdrückung verantwortlich, ohne das Militär hätte es keinen Ben Ali, Mubarak oder Gaddafi gegeben –

dieses Militär stand nie für den demokratischen Kampf der Massen, sondern nur für den Kampf gegen das Volk. Ein Beispiel aus Algerien ist recht treffend. 1992 gewann die FIS (Islamische Heilsfront) die freien Parlamentswahlen und konnte eine Regierungskoalition bilden. Auf Befehl der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, welche das Land bis heute ökonomisch beherrscht, putschte das Militär und setzte den bis heute regierenden Bouteflika als Präsidenten ein. Bis Ende der 90er Jahre verfolgte das Militär FIS-Milizen, beide Seiten lieferten sich einen blutigen Kampf, der immer wieder zu blutigen Massakern in Dörfern führte.

Wenn jetzt das Militär im Westen besonders gelobt wird, dann deshalb, weil das Militär den Übergang organisieren soll und ganz sicher die imperialistischen Interessen umsetzen wird. Das ägyptische Militär hat darin auch Übung, nach den Mordanschlägen an beiden Vorgängern Mubarak - Nasser und Sadat - errichtete das Militär flugs die nächste Regierung, ließ mehrere tausend Oppositionelle erschießen oder verhaften und installierte das nächste Unterdrückerregime.

Für die westlichen PolitikerInnen bedeutet „Stabilität in der Region“ vor allem Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols, Kontrolle über die Armee und diese organisiert die nächste Regierung. Die revolutionären Massen dürfen sich davon nicht täuschen lassen, müssen mit der Illusion an eine „unabhängige & neutrale“ Armee schnell brechen. In Ägypten übernahmen die staatlichen Gewaltbehörden gleich zwei Rollen, während Polizei- und Geheimdienst-Apparat mit Todesschüssen, Überfällen, Plünderungen, Schlagstock und Tränengas gegen die Bewegung vorgingen, ließen sich die Panzer der Armee innerhalb der Bewegung integrieren und machten Photos mit Kindern.

Für die Massenbewegung muss es jetzt darum gehen, politisch auf die Soldaten einzuwirken. Den Aussagen des einen Tages darf nicht getraut werden, das gesamte System ist auf Lügen und Verrat und Unterdrückung aufgebaut. So ruft die Armee nach dem „Tag des Zorns“, an dem Millionen Ägypter\_innen auf den Straßen waren, die Demonstranten dazu auf, wieder zum „normalen Leben“ zurückzukehren, schließlich arbeite die Führung ja „Tag und Nacht“ daran, die Forderungen umzusetzen und eine „neues Ägypten“ aufzubauen.

Anstelle dieser alten Elite auch nur einen Tag zu geben, muss versucht

werden, die einfachen Soldaten auf die Seite des Widerstands zu ziehen. In den unteren Rängen der Armee gibt es ziemlich sicher viele, die nicht die Bevölkerung erschießen

wollen, die aus den armen Schichten des Volkes stammen und die Lebensverhältnisse der Massen nur zu gut kennen. Diese müssen sich organisieren gegen eine militärische Führung, in der die höheren Offiziere ihre Vorteile und Privilegien sicher wollen und im Dienst des Imperialismus stehen. Jetzt besteht die Möglichkeit, Teile der Armee für die revolutionäre Bewegung zu gewinnen und somit die Verteidigung des Widerstandes voran zu bringen und die Möglichkeit zur Gewalt des Staates zu verringern.

### **Für die proletarische Revolution!**

Die Aufstände in der Region sind nicht nur den Auswirkungen der letzten Wirtschaftskrise geschuldet, sind sind Zeichen des gescheiterten imperialistischen Systems. Keine „Globalisierung“ oder noch so üppige Spekulationsblase konnte die tief greifenden ökonomischen und sozialen Widersprüche dieser Epoche mildern oder abschwächen - im Gegenteil - in verschärfter Form brechen jetzt die Widersprüche auf. Auf der einen Seite die korrupte, besitzende Klasse und ihre Helfershelfer die weltweit ausbeutet, Kriege führt und die ökologischen Lebensgrundlagen der Menschheit vernichtet - auf der anderen Seite das weltweite Proletariat, die Bauern und die Jugend.

Die Revolutionen die jetzt ausbrechen sind Folge des ungezügelter Imperialismus seit 1990, die Situation die in den arabischen Regimes herrscht, findet sich auch in vielen anderen Staaten der Welt. Insbesondere im südlichen Afrika, in Asien und Lateinamerika sind sie sozialen Widersprüche die gleichen, eine kleine Schicht, die von den Geschäften mit dem Imperialismus profitiert, steht einer immer größer werdenden Masse entgegen, die von Krise und Inflation betroffen ist.

Wie ein revolutionärer Kampf geführt wird, sehen wir derzeit am Beispiel Tunesien und Ägypten. Als Antwort auf Armut und Arbeitslosigkeit werden lokale Rätestrukturen aufgebaut, als Antwort auf die Polizeigewalt gibt es erste Verteidigungsmilizen des Widerstands. Diese Bewegungen bauen ihre eigenen Vertretungs- und Machtorgane auf, hier entwickelt sich eine revolutionäre Doppelmacht! Es wird entscheidend sein, diesen Aufbau voran zu bringen und auf die Soldaten\_innen auszuweiten. Der Aufbau von Räten

aus der Arbeiterklasse, den Bauern und dem Militär kann die revolutionäre Situation erfolgreich zum Ende führen. Die Gegenseite setzt auf die alten Institutionen und Eliten, die „Übergangsregierungen“ stehen in den Startlöchern mit vagen Versprechen der „Demokratisierung“. Neben dem Aufbau eigener Organe müssen aber jetzt auch entscheidende Forderungen an die Übergangsregierungen gestellt werden. Dazu gehören:

- Keine VertreterInnen des alten Regimes in der Regierung

- Beteiligung aller Oppositionsgruppen an der Regierung
- Freie Gründung von Gewerkschaften und Parteien!
- Kontrolle über die Lebensmittelpreise durch gewählte RepräsentantInnen der Gewerkschaften, Räte und Bauern
- Komplette Presse -und Medienfreiheit!
- Bewaffnung des Volkes zur Verteidigung der Revolution,
- Offenlegung aller Verträge des alten Regimes mit dem Imperialismus
- Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung

Wenn in den Medien gerne von „bürgerlicher“ Revolution gesprochen wird, dann soll das nur darstellen, was die Interessen des Westens höchstens sein können - eine andere Maske der kapitalistischen Herrschaft muss aufgezogen werden. Nur sind es jetzt keine unterdrückten „Bürgerlichen“, die kleine Bourgeoisie war bestens in die Diktaturen integriert und bestand meistens auch nur aus den Eliten des Militärs - diese Gruppe hatte sich bestens mit „fehlender Demokratie“ arrangiert. Jetzt fordern die Massen des Volkes nicht nur Freiheit, sondern auch Brot und Lohn, eine befriedigende Antwort kann der Kapitalismus nicht liefern, das kann nur eine Gesellschaft die das kapitalistische System zerschlägt.

Für die revolutionären Massen ist jetzt der Sturz der alten Regimes erstes und wichtigstes Ziel, noch wichtiger wird es sein, eigene politische Organe aufzubauen, Rätestrukturen des Widerstands in Stadt und Land und der Aufbau einer revolutionären Partei. Dadurch kann die Massenbewegung nicht nur Einfluss auf mögliche Übergangsregierungen nehmen, damit können die Bewegungen auch den alten Staat effektiv zerschlagen, indem sie eigene Organe aufbauen. Entscheidend für diesen Weg wird ein unbefristeter Generalstreiks gegen die Regime sein, wenn durch einen Generalstreik erst die Diktatoren vertrieben werden können, dann ist der Generalstreik für die

Massen eine mächtige Waffe gegen Militär und Imperialismus. Solch ein Generalstreik muss dann mit dem Aufbau von Selbstverteidigungsorganen kombiniert werden, schon heute gibt es viele lokale Milizen - hauptsächlich von Jugendlichen und Arbeitslosen aufgebaut - so kann der Massenwiderstand sich bewaffnen und den Kampf gegen Militär, Geheimdienste und Polizei aufnehmen. Diese Bewegung ist international, in der gesamten Region gibt es Proteste und die alten Regimes zerfallen, Ben Ali und Hosni Mubarak waren nur der Anfang. Die Völker wissen, dass sie aus gleichen Interessen handeln, dieses Bewusstsein braucht auch eine internationale Koordinierung und Organisation. Wenn die Völker der Region übereinstimmend gegen die Diktaturen und den Imperialismus kämpfen, dann können sie auch eine gemeinsame Gesellschaft aufbauen - eine sozialistische Föderation Nordafrikas und des Nahen Ostens!

---

# **Der Fall Chodorkowski und die Heuchelei der westlichen Medien**

*Januar 2011*

Der ehemalige Yukos Oil Besitzer Chodorkowski wurde, zusammen mit dem ehemaligen

Co Eigentümer Lebedew, wiederum vom russischen Staat verurteilt. Während beide im Jahr 2003 wegen Steuerhinterziehung beim Ölverkauf verurteilt wurden, stellt die letzte Verurteilung fest,

dass beide das Öl auch gestohlen haben. Chodorkowski gehörte zu den Öl Magnaten, welche nach dem Ende der UdSSR sich bereichern konnten und in

Absprache mit der Kreml Bürokratie das Land

plünderten und gerade die reichen Rohstoffvorkommen untereinander aufteilten. Chodorkowski sprach selber mal „*von einer wilden Zeit Anfang der 90ziger Jahre, in der alles möglich war*“. Allerdings war alles möglich für den Teil der ehemals stalinistischen Bürokratie (Chodorkowski

selbst war höherer Jugendfunktionär), der die neue Bourgeoisie des Staat Russlands darstellen sollte. Während gleichzeitig die breiten Massen des russischen Volkes in Armut vegetieren, konnten Chodorkowski, Abramowitsch oder der staatliche „GAZPROM“ Konzern die Ressourcen des Landes privatisieren und sich den Profit daraus aneignen.

Dass Ministerpräsident Putin dies bei Chodorkowski jetzt „*Diebstahl*“ nennt, ist zwar schon richtig, aber sollte dies keineswegs darüber hinweg täuschen, was die waren Gründe für die Verurteilung sind. Schon Ende der 90ziger war Chodorkowski der Magnat, welcher immer die Öffnung des russischen Marktes für ausländisches, speziell westliches Kapital forderte und über Yukos Oil schon Planungen über den Verkauf von Teilen an Chevron z.B. plante. Gleichzeitig unterstützte er die „*liberal-demokratische*“ Partei und ähnliche Strömungen, hielt engste Kontakte zum Weißen Haus in den USA und stellte somit gegen die Kremlbürokratie.

Solange die Hoheit über die Ausbeutung des Landes weiterhin von der nationalistischen Kreml Oligarchie ausgeübt wird, haben sog. Magnaten keine Probleme, wenn nicht droht ihnen Sibirien. Besonders heuchlerisch war die Reaktion der westlichen Staaten wie USA und BRD. Sie sahen in der Verurteilung des „*Demokraten*“ Chodorkowski einen politischen Prozess, in dem der russische „*Rechtsstaat*“ geschwächt würde. Sicherlich war es ein politischer Prozess, denn in jedem kapitalistischen Staat ist die Justiz politisch, schließlich sichert die nationale Justiz das „*Recht*“ auf Privateigentum, Profitaneignung und Gewaltmonopol für jeden Staat. Sich in diesem Prozess für eine „*Seite*“ auszusprechen würde heißen für einen Teil

der russischen Oligarchie Partei zu ergreifen, dies ist für uns keine Alternative.

Die Kritik der westlichen Staaten hat daher nichts mit Menschenrechten oder unabhängiger Justiz zu tun, hier soll nur der Teil der Oligarchie unterstützt werden, der die Interessen des Westens umsetzen will. An den sog. „Rechtsstaat“ zu appellieren ist der reine Hohn — die USA betreiben seit 2001 ein Gefangenenlager ohne jegliche juristische Grundlage in Guantanamo und die NATO Partner helfen mit illegalen Gefangenen Transporten, Zwischenlagern usw. Gleichzeitig betreiben alle kapitalistischen Staaten eine massive Verschärfung der inneren Sicherheit, jagen

ein neues „Anti Terror Gesetz“ nach dem anderen durch, stellen ganze Bevölkerungsgruppen

unter Generalverdacht und observieren jeden möglichen politischen Gegner.

Für uns, als kommunistische Jugendorganisation, sollen alle Magnaten und Besitzenden vom ihrem Besitz enteignet werden, durch eine proletarische Revolution sollen alle die Möglichkeit haben am gesellschaftlichen Reichtum teilzuhaben. Nichtsdestotrotz kämpfen wir aber auch für demokratische Rechte. Uns ist bewusst auf welcher Seite die Justiz im Kapitalismus steht. Gerade deshalb bekämpfen wir rassistische, politische und Klassen-Justiz. Für die ehemals besitzende Klasse

würden wir die gleiche Arbeit zu den gleichen Bedingungen vorsehen, wie für die Arbeiterklasse. Die ehemals herrschende Klasse hat lange Zeit auf Kosten anderer gelebt, die Massen ausgebeutet und keinen einzigen Beitrag geleistet. Wirklich „gerechte“ Bestrafung würde vorsehen diese Klasse zu enteignen und sie arbeiten zu lassen.

---

# **Nieder mit dem Ausnahmezustand in Pakistan!**

# **Nieder mit dem Ausnahmezustand!**

Erklärung der „Revolutionären Sozialistischen Bewegung“ vom 3.11.2007 gegen die Verhängung des Ausnahmezustands in Pakistan. Die Revolutionäre Sozialistische Bewegung ist die sympathisierende Sektion der Liga für die 5.Internationale in Pakistan

General Musharraf hat soeben den Ausnahmezustand in Pakistan erklärt. Alle privaten Nachrichtensender wurden geschlossen und Militär patrolliert durch die Straßen von Islamabad. Der oberste Gerichtshof ist unter Kontrolle von Militärpersonal und dem obersten Richter, Chaudhry, der nach großen Protesten erst kürzlich gegen den Willen von Musharraf wieder in Amt gesetzt wurde, wurde gesagt, dass seine Dienste „nicht länger benötigt werden“. Die Verfassung von 1973 wurde außer Kraft gesetzt und Musharraf erlies eine „provisorische konstitutionelle Verordnung“, die alle Macht in seine Hand gibt.

Der Ausnahmezustand wurde erstmals schon im März angedroht, zu Beginn der „Rechtsanwälte“-Bewegung, die seine Herrschaft bedrohte. Die Entscheidung, jetzt den Ausnahmezustand zu erklären, kommt dem Spruch des obersten Gerichts zuvor, der Musharrafs „Wiederwahl“ im Oktober für eine weitere 5-jährige Amtszeit die Legitimation entziehen könnte. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Musharraf diesen Schritt tat, da er von einem für ihn negativen Ausgang des Verfahrens erfuhr. Sofort wurde ein neuer oberster

Richter ernannt - Abdul Hameed Doggar -, der Chaudry ersetzt und der ohne Zweifel versprochen hat, ein getreuer Diener der Militärdiktatur zu sein.

Das Militär hatte gerade diese Woche schwere Niederlagen gegen die islamistischen Militanten in Waziristan und Swat erlitten. Es wird berichtet, dass in den letzten 2-3 Monaten tausende Soldaten in schwerste Gefechte verwickelt sind, und diese Woche gezwungen waren, einen Waffenstillstand zu akzeptieren. Sogar heute wurde berichtet, dass Militante zwei Polizeistationen gegen das Militär erobert haben und 48 gefangene Paramilitärs vorgeführt haben - was die Zahl der jüngst gefangen genommenen Militärs auf über 300 bringt. Auch wenn wir in keiner Weise die Islamisten politisch unterstützen, so sind wir gegen die reaktionäre militärische Offensive, die dazu dient, die Bevölkerung unter Bedingungen zu zwingen, die der imperialistischen Überausbeutung genüge tun. Dieser Krieg wird von Musharraf stellvertretend für den amerikanischen Imperialismus geführt. Wie der Krieg im Irak und in Afghanistan ist er nicht gewinnbar und kann nur weitere Zerstörung und weiteres Leid hervorbringen - je früher die USA und ihre Verbündeten geschlagen werden, desto besser für die Weltbevölkerung.

Musharraf sieht sich aber auch einer fortgesetzten Welle von Arbeiterwiderstand ausgesetzt. Der Westen kann noch so oft den Widerstand gegen Musharraf einfach als „Islamistisch“ darstellen - die Wahrheit sieht anders aus. Genauso wie Musharraf und sein Regime dem „Krieg gegen den Terror“ gemäß den Befehlen Washingtons durchführen, so setzen sie auch dessen neo-liberale Agenda um. Gerade in dieser Woche haben die Beschäftigten der Pakistan International Airlines gestreikt, in Karachi begannen in den Krankenhäusern unbefristete Streiks und hunderte Arbeiter haben gegen die Ermordung eines Textilarbeiter-Führers protestiert. Sie schließen sich damit den Lehrern, den Unilever-Arbeitern und den Studenten an, die alle dieses Jahr in Protesten gegen die neo-liberale Agenda der Regierung beteiligt waren.

Der Ausnahmezustand ist ein verzweifelter Akt eines Regimes, das die Kontrolle über Pakistan verliert. Bevor es geschlossen wurde, erklärte das oberste Gericht den Ausnahmezustand für „illegal und verfassungswidrig“

und rief öffentlich Beschäftigte und Armeepersonal dazu auf, nicht den „Eid“ auf das neue Regime zu leisten. Der Vorsitzende der Anwältevereinigung beim obersten Gericht, der jetzt verhaftet ist, hat für Montag zu Massendemonstrationen aufgerufen.

Ein Sprecher der PML-N (einer rechts-konservativen Partei) erklärte, „die ganze Nation muss diesen außerparlamentarischen Aktionen Widerstand entgegensetzen“. Bis jetzt hat die PPP (die links-bürgerliche Partei Bhuttos) die Aktionen nur verurteilt, und erklärt: „wir bauen die Institutionen auf, wir zerstören sie nicht“. Tatsächlich hat Musharraf's Ausnahmezustand die reaktionäre Natur der Strategie der PPP ans Tageslicht gebracht: jeder „demokratische Deal“ mit dem pakistanischen Militär ist utopisch und reaktionär. Aber die bürgerlichen Parteien scheuen die Massenmobilisierung auf der Straße. Erst diese Woche hat die PML-N, die sich die ganze Zeit als die „Demokraten“ geriert hat, den Generalstab dazu aufgefordert, mit Musharraf zu brechen - aber ist es nicht gerade dieser korrupte Generalstab der zu Fall gebracht werden muss?!

Diese bürgerlichen Parteien fürchten die Mobilisierung der Massen, weil sie wissen, dass ein revolutionärer Sturz des Militärregimes einen großen Druck von unten erzeugen wird für eine anti-neoliberale, anti-imperialistische Regierung.

Musharraf und das Militär sind jetzt extrem isoliert. Aber wir wissen, dass in die Ecke gedrängte Monster besonders gefährlich sind. Sie könnten jetzt zu Massenverhaftungen von Oppositionellen schreiten und das Kriegsrecht auf den Straßen erklären. Es darf jetzt keine Zurückhaltung der demokratischen Kräfte in dieser kritischen Stunde geben. Wir müssen darauf vorbereitet sein, diese Aktionen mit all der Macht und Militanz zurück zu schlagen, die die Bewegung der Rechtsanwälte und der einfachen Leute gezeigt hat, im Widerstand gegen die Massaker in Karachi im Mai.

Wir unterstützen alle Aufrufe zur Niederwerfung des Ausnahmezustands und für Massenaktionen im Widerstand. Aber entscheidend treten wir dafür ein, dass die Organisationen der Arbeiter und Bauern, sowie die demokratischen Kräfte zu einem Generalstreik gegen den Ausnahmezustand aufrufen. Wir

müssen bereit sein, unsere Demonstrationen gegen die Angriffe des Militärs zu verteidigen - dafür müssen wir uns sofort vorbereiten. Wir rufen die Arbeiter dazu auf, Fabriks- und Nachbarschaftskomitees zu organisieren und die Bauern sich auf dem Land gegen die Militärregierung zu organisieren.

An die einfachen Soldaten - ausgelaugt und demoralisiert durch den Kampf für die USA -richten wir den Aufruf, die Waffen nicht gegen das Volk zu richten: führt diesen Ausnahmezustand nicht durch!

Wir sagen nicht nur, dass alle Staatsbediensteten nicht dem „PCO Eid“ folgen sollen, sondern dass sie in Taten und nicht bloß Worten jedes Dekret und jede Aktion des Militärregimes boykottieren sollen.

Der Versuch, die pakistanische Opposition zu zerschlagen, kommt zu einer Zeit, da die USA und ihre Alliierten sich darauf vorbereiten, den Nahen Osten in einen neuen schrecklichen Krieg gegen den Iran zu werfen.

Der Kampf gegen das Militärregime in Pakistan ist ein Schlüsselkampf für alle, die den „Krieg gegen den Terror“ Widerstand entgegensetzen wollen. Wir rufen dringend zu internationaler Solidarität mit dem pakistanischen Volk auf. Organisiert Demonstrationen oder Kundgebungen vor den pakistanischen Vertretungen weltweit!

Diese korrupte Militärjunta muss im Ausland an den Pranger gestellt werden und im Inland gestürzt werden. Es ist dieser Kampf, auf den wir - die Revolutionär Sozialistische Bewegung, sympathisierende Sektion der Liga für die fünfte Internationale - nun alle unsere Kräfte werfen.

Wir fordern Wahlen für eine konstitutive Versammlung, mit vollem Wahlrecht für alle Männer und Frauen, in der wir für eine Arbeiter- und Bauernregierung kämpfen werden.

Wir können dieses Militärregime stürzen und den Weg frei machen für eine sozialistische Revolution gegen Kapitalismus und Imperialismus!

\* Nieder mit dem Ausnahmezustand!

\* Massendemonstrationen sofort gegen den Ausnahmezustand!

\* Organisationen der Arbeiter und Bauern, demokratische Kräfte: ruft auf zum Generalstreik bis zum Sturz des Militärregimes! Bildet Basiskomitees um den Widerstand zu koordinieren!

\* Soldaten: richtet die Gewehre nicht gegen das Volk, führt den Ausnahmezustand nicht durch, bildet eure eigenen Komitees, unabhängig von den kommandierenden Offizieren!

\* Organisiert internationale Solidarität!

---

## **Indigenas in Guatemala**

## **Indigenas in Guatemala**

In diesem Bericht möchte ich auf ein für ganz Lateinamerika im Allgemeinen und Guatemala im Besonderen sehr wichtiges Thema eingehen, nämlich die Frage der indigenen Bevölkerung, sprich den Menschen, die direkt von den Ureinwohnern des Landes abstammen. Zur Einleitung möchte ich vorwegnehmen, dass trotz mehrfacher mündlicher Bekenntnisse, gesetzlich garantierter Gleichstellung, Hilfsprogramme, Beobachter der UN und und und dieses Thema in ganz Lateinamerika noch lange nicht vom Tisch ist und von wirklicher Gleichstellung nicht die Rede sein kann. In Guatemala ist das Thema von besonderer Präsenz, weil die Indigenas in der guatemaltekischen Geschichte besonders leiden mussten und einen sehr hohen Bevölkerungsanteil stellen (50%). Man stößt hierzulande auf einen sehr hartnäckigen Rassismus, der mehr als alles andere durch eine kulturelle und gesellschaftliche Trennung reproduziert wird und auf jeden Fall eine nähere Betrachtung wert ist. Da es bei diesem Bericht speziell um das Problem der Indigenas geht, gehe ich nicht weiter auf

die Tatsache ein, dass die eigentliche Trennlinie auch in der guatemaltekischen Gesellschaft nicht durch Rassen sondern Klassen gezogen wird und auch viele Nicht-Indigenas von Ausbeutung und Unterdrueckung betroffen sind.

## Rassismus im taeglichen Leben

Indigenas, oder Mayas, wie sie hierzulande auch genannt werden, sind ein fester und nicht weg zu denkender Bestandteil der guatemaltekischen Gesellschaft. In Guatemala schaezt man, dass ungefaehr die Haelfte aller Einwohner von direkt indianischer Abstammung sind. Die offiziellen Zahlen sind meist etwas niedriger, aber schwanken immer um diesen Bereich. Man sieht Indigenas ueberall in Guatemala, und sie unterscheiden sich von der zweiten grossen Bevoelkerungsgruppe Guatemalas, den Ladinos (Mischlinge zwischen Weissen und Indigenas), durch Kleidung, Gewohnheiten, Verhalten, Sprache und eben durch die gesellschaftliche Stellung. Die ist nicht schwer zu erkennen. Waehrend der Grossteil aller Ladinos um die Hauptstadt Guatemala-City versammelt ist und eher einen relativen Zugang zu Arbeit, Bildung und Infrastruktur genieisst, lebt der Grossteil aller Indigenas nach wie vor auf dem Land und betreibt Landwirtschaft oder arbeiten auf irgendwelchen Fincas oder in den auslaendischen "Maquilas" (Textilfabriken"). Die meisten Indigenas leben von dem was ihnen der Boden gibt, und sie fahren in Scharen in die naechstgelegenen Staedte um auf den dortigen Maerkten ihre Waren zu verkaufen. Ausser landwirtschaftlichen Produkten verkaufen sie auch noch kunstlerische Sachen, also Stoffe, Kleider, Holzschnitzereien, Instrumente, Taschen, Geldbeutel... und alles moegliche. In den touristischen Zonen des Landes gibt es extra Kunstmaerkte mit allerlei wunderschoenen Mayasachen zu kaufen.

Es ist also nicht schwer zu erkennen wo sich die Trennlinie zieht: Ladinos gehen meistens zur Schule, kommen aus geregelten Familienverhaeltnissen, haben nicht selten ganz schoen Geld in der Tasche, gehen spaeter auf die Universitaet und finden meist irgendwelche wenigstens halbwegs geregelten Arbeitsverhaeltnisse (was halt so fuer Guatemala leider ueblich ist).

Indigenas hingegen gehen meist nicht auf die Schule, helfen frueh den Eltern beim Arbeiten oder Verkaufen ihrer Produkte, tuemmeln sich auf den Maerkten und versuchen den Touristen und besser betuchten Guatemalteken ein Paar "Centavos" abzuluchsen. Die vielen Bettler die man in Guatemala antrifft sind auch in ueberwaeltigender Mehrheit Indigenas und auch in den richtig ueblen Gegenden von Guatemala-City (und wahrscheinlich auch anderer Staedte) sind die Mehrheit der Leute indianischer Herkunft (wenn nicht direkt dann in jedem Fall in zweiter Generation). Ein etwas aufmerksamer Beobachter merkt in Guatemala schnell dass die Indigenas von dem bescheidenen Fortschritt (ich bezweifle dass man es ueberhaupt so nennen kann) in Guatemala wenig bis ueberhaupt nichts abbekommen und in ihrer Misere und Armut ohne Ausweg feststecken.

Was den hartnaeckigen Rassismus auf Seiten der Ladinos festmacht erfahrt man natuerlich erst wenn man sich in Guatemala ein Weilchen aufhaelt und vor allem mal ein paar Leute besser kennenlernt. Ich habe bereits im Voraus ueber den unbewussten Rassismus in Guatemala gelesen und war trotzdem mehr als ueberrascht, ja sehr erschrocken, wie selbst gebildete Guatemalteken mit Universitaetsabschluss in ihrem Denken auf die Spur der kulterellen Vorurteile abtrifften und die Indigenas mit einer wirklich haesslichen Geringschaetzung betrachten. In Guatemala ist es nach wie vor ueblich, "Indio" als Schimpfwort (Idiot, Trottel) zu benutzen und Indigenas mit schmutzig, dumm und rueckstaendig gleich zu stellen. Wenn man auf dieses Thema mit Einheimischen stoest, findet man oft eine der erschreckendsten Seiten der Guatemalteken.

### Kulturelle Trennung

Die Ursachen hierfuer liegen besonders in der gesellschaftlichen Trennung, diese fuehrt aber in nicht geringem Masse auf die beachtlichen Unterschiede in der Kultur und die Unfaehigkeit der heutigen Gesellschaft, diese zu integrieren, zurueck. In Gespraechen mit Guatemalteken erkennt man oft, dass die kulturellen Eigenarten der Indigenas und ihre Gewohnheiten ein sehr grosser, vielleicht sogar der wichtigste Grund fuer ihre

Geringschaetzung ist.

Indigenas sind in vielen ihrer Lebensgewohnheiten sehr verschieden von dem westlichen Lebensstil und kommen nicht selten seltsam vor. Das liegt zum Teil in kulturellen Eigenarten, in anderen Gewohnheiten, aber sehr oft auch in mangelnder Bildung oder fehlenden Moeglichkeiten bzw. Perspektiven. Waehrend die moderne Ladino-Gesellschaft in Guatemala sich an westlichen Standarts orientiert, leben die Mehrzahl aller Indigenas nach wie vor in ihrer eigenen Welt, mit ihrer eigenen Sprache, ihrer eigenen Kleidung, eigenen kulturellen Eigenarten und fernab des Segens der technischen Errungenschaften (was natuerlich nicht heissen soll dass Indigenas keine Autos oder Fernseher haben, aber insgesamt nutzen sie viel weniger technische Errungenschaften und haben auch vor allem viel weniger Zugang dazu). Deswegen wird das Wort "Indio" auch oft mit rueckstaendig gleichgesetzt.

Die Ursachen hierfuer liegen natuerlich in allererster Linie durch die mangelnden Moeglichkeiten der Indigenas, sich aus ihrer Misere zu befreien. Bei einem Analphabetenanteil der indianischen Frauen auf dem Land von 60% ist das auch nicht weiter verwunderlich. Bildung ist das groesste Problem in Guatemala, nicht nur fuer Indigenas, aber besonders. Die meisten Indigenas kommen nie in den Genuss einer ordentlichen Schulausbildung und haben deswegen auch keine Moeglichkeiten eine einigermaßen ordentliche Anstellung und einen Beruf zu erlangen. Die wenigen, die in den Staedten Arbeit bei den Textilunternehmen bekommen verdienen einen Hungerlohn und bleiben auch dort ihr Leben lang ungebildet, bis auf die ganz wenigen, die es schaffen nebenher noch eine Privatausbildung zu finanzieren. So bleiben die Indigenas ihr Leben lang in ihren traditionellen Einkunftsmoeglichkeiten gefangen und damit natuerlich auch in ihren alten Gewohnheiten und Lebensweisen.

Die kulturelle Trennung in der guatemalteckischen Gesellschaft ist somit allgegenwaertig und verhindert auch ein Durchbruch des Rassismus. Ladinos bleiben unter sich, und Indigenas auch. Man findet ganz wenig Leute (Ladinos oder Weisse), die von sich behaupten koennen, Indigenas wirklich als Freunde zu haben und/oder Indigenas wirklich gut zu kennen. Die

Ursache hierfuer ist sicherlich eine beidseitige Ablehnung, bei den Ladinos eher aus Verachtung und Geringschaetzung, bei den Indigenas aus einer Mischung von Zweifel und vor allem auch Wut und Aerger.

So wird ein Durchschnitts-Guatemalteke mit dem ueblichen Vorurteilen und unbewussten rasisstischen Denkweisen denn auch antworten , dass die Indigenas doch genauso sind, sich doch selber abgrenzen und auch rassistisch ueber Ladinos denken. Dass sie genauso sind wie Ladinos und rassistisch denken ist natuerlich Bloedsinn. Selbst wenn einige Indigenas Vorurteile ueber Ladinos haben sollten muss man bedenken, dass sie ihre Lebensweisheiten meistens von irgendwelchen verbitterten Dorfaeltesten oder Familienmitgliedern haben, waehrend die Ladinos im Gegensatz dazu Zugang zu einer allegemeinen Bildung geniessen, die ihnen ein sehr viel differenzierteres Bild ermoeoglicht. Aber dass sie sich oft selber abgrenzen ist nicht ganz falsch. Um das zu verstehen muss man vor allem ihre historischen Erfahrungen der letzten 500 Jahre in Betracht ziehen. Leider bedeutete die Ankunft der Europaer und deren "fortschrittliche" Lebensweisen und Technologien in ganz Amerika fuer die indianischen Ureinwohner kein Glueck, Segen und Verbesserung der Lebensverhaeltnisse, sondern im Gegenteil Leid, Trauer, Versklavung, Vertreibung, Unterwerfung und Unterdrueckung. Viele Indigenas haben heute nach der wenigstens gesetzlich garantierten Gleichstellung wieder einen Stolz fuer ihre Kultur erlangt, der vermischt ist mit einem tiefen Groll und Wut auf die Unterdruecker. Deswegen leben heute nicht wenige Indigenas in ganz Lateinamerika ganz bewusst in ihren eigenen Gemeinden, leben ihre alte Kultur aus und wollen von neumodischen Lebensstilen der "Weissen" nichts wissen.

Wenn man heute mit Indigenas in Lateinamerika arbeiten will, muss man deswegen zuallererst diese historische Tatsache anerkennen und ihre ungeheuere Bedeutung verstehen. Natuerlich waere es viel leichter, wenn man einfach in ein Indigena-Dorf reinspazieren und den Einwohnern die Weisheiten und Segen der modernen Lebensweise nahelegen koennte. Doch ein Volk, dass von den Menschen gleicher Herkunft jahrhundertelang brutalst unterdrueckt und versklavt wurde und

bis heute noch den Rassismus gegen sie in jeder Ecke spuehrt, reagiert extrem empfindlich auf "Missionierung". Um so mehr in einem Land wie Guatemala, wo die Indigenas noch bis vor 20 Jahren einen regelrechten Terror von seiten des Staates erleiden mussten.

## Indigenas waehrend der Militaerdiktatur in Guatemala

Guatemala erleidete leider waehrend des 20.Jahrhunderts eine der traurigsten und blutigsten Geschichten ganz Lateinamerikas. Vor allem weil es Anfang der 50er Jahre noch eines der hoffnungsvollsten Laender des Kontinents war, weil mit Jacobo Arbenz Guzman ein sehr fortschrittlicher Praesident an die Macht gelangt war, der die verkrustete Gesellschaftsstruktur aufbrechen und die Privilegien der Oligarchie brechen wollte. 1954 wurde die fortschrittliche Regierung weggeputscht und es began ein langer Leidensweg fuer die Guatemalteken unter der starken Hand des Militaers, der offiziell 1984 endete, aber in Wirklichkeit noch heute lange nicht ausgestanden ist. Die verschiedenen Miltaerdiktatoren terrorisierten die eingeschuechterte Bevoelkerung mit unterschiedlich krassen Repressalien, von denen die indigene Bevoelkerung besonders brutal getroffen wurde. Den Hoehepunkt der blutigen und traurigen Geschichte erlebte die guatemaltekeische Bevoelkerung und besonders die Indigenas am Ende der (offiziellen) Militaerdiktatur 1978 - 1984 unter den Generaelen Fernando Lucas Garcia und Efrain Rios Montt, waehrend der sogenannten "Politik der verbrannten Erde". Zu dieser Zeit wurde die guatemaltekeische Bevoelkerung mit einem unglaublichen Terror ueberzogen, als naemlich mit dem Vorwand auf der Suche nach der Guerilla zu sein ganze Doerfer ermordet wurden. Heute ist bekannt und offiziell von der UN anerkannt, dass damals etliche Massaker und Verbrechen gegen die Menschheit von unglaublichem Ausmass begangen wurden. In Gegenden, wo die Guerrilla vermutet wurde, wurden systematisch Doerfer auf dem Land aufgesucht und die Einwohner einfach massenhaft getoetet, um "der Gefahr der Guerrilla vorzubeugen". Und da wir vorher ja schon gelernt haben, wer hauptsaechlich in Doefern auf dem Land schon immer gewohnt hat und immer noch wohnt, wissen wir auch, wer hauptsaechlich die Opfer dieser schrecklichen Verbrechen waren (uebrigens gibt es nicht selten Guatemalteken, die ihre

schlechte Bildung armselig in Beweis stellen, indem sie die Regierungszeit von Rios Montt oder anderen Monstern gutheissen. Aber ist in Deutschland ja auch nicht so unueblich). Noch heute werden Massengraeber aus dieser Zeit ausgegraben und ihre Ausgraeber bedroht und eingeschuechtert. Die Verantwortlichen wurden natuerlich in der Versoehnungsrethorik der 90er Jahre nie zur Verantwortung gezogen. Der Fall Rios Montt schieisst den Vogel ab, als der General hoechstpersoenlich bei der letzten Wahl 2004 als Praesidentsschaftskandidat antrat. Heute ist wie gesagt allgemein bekannt was damals in Guatemala und auch vielen anderen Laendern Lateinamerikas geschehen ist. Und trotzdem wundert sich der unbewusst rassistische Durchschnitts-Guatemalteke (Lateinamerikaner) heute noch, warum die Indigenas eigentlich so verschlossen und vor allem so „rueckstaendig“ sind (!).

## Loesungen

Um bei diesem fuer ganz Lateinamerika unglaublich wichtigem Thema nach Loesungen zu suchen, bedarf es natuerlich einer sehr tiefgehenden Kenntniss des Problems und sehr wahrscheinlich auch einer erbrobten praktischen Erfahrung, denn mit derart tief verwurzelten gesellschaftlichen Spannungen umzugehen ist nicht einfach und dauert ausserdem natuerlich seine Zeit. Deswegen will ich mir als Europaer und 100% “Reingschmecker” mit sehr wenig eigener Erfahrung auch nicht anmassen, hier eine Loesung auf dem Silbertablett zu praesentieren. Aber trotzdem denke ich einige Einschaetzungen wagen zu koennen. Ganz sicher heisst auch hier das Schluesselwort Organisation. Die Indigenas brauchen starke Organisationen, um ihre Rechte zu erkaempfen und zu vertreten. In fast allen Lateinamerikanischen Laendern gibt es mittlerweile Indigena-Organisationen, so z.B. aktuell die Conic (Coordinadora Nacional Indigena y Campesina) in Guatemala. In vielen Laendern Lateinamerikas stellen Indigena-Organisationen mittlerweile einen beeindruckenden Protest auf die Beine, so in letzter Zeit vor allem in Bolivien und Ecuador (wo gerade fast das ganze Land im Protest gegen Freihandel mit den USA lahmgelegt wurde). Aber das ermutigendste Beispiel stellen sicherlich die Zapatisten in

Mexiko dar, eine Guerrilla-Organisation, die 1994 einen bewaffneten Aufstand durchfuehrte um Forderungen fuer ein besseres Leben der Indigena-Bevoelkerung durchzusetzen. Dieses Beispiel ist vor allem ermutigend, weil hier einerseits verstanden wurde, ganz spezifische Indigena-Forderungen mit allgemeinen politischen Fragen zu verbinden, und andererseits dass der Staat sich nicht als Dialogpartner darstellt, sondern als Hauptverantwortlicher und -vertreter der bestehenden Probleme.

Sicherlich muss verstanden werden, dass das Indigena-Problem nicht einer besonderen Politik dieser oder jener Partei entspringt, sondern seine Ursachen in der etablierten politischen und oekonomischen Ordnung seit der Conquista hat. Deswegen kann dieses Problem nicht durch Dekrete und Libbenbekenntnisse geloest werden, sondern bedarf einer tiefergreifenden politischen und oekonomischen Aenderung. Doch ueber einige antikapitalistische Frasen kommen auch die Zapatisten nicht hinaus. Das ist auch nicht unbedingt notwendig. Die Indigenas brauchen eigene Organisationen, die ihre spezifischen Probleme ganz speziell behandeln, aber sehr gut verstehen dass die bestehenden Probleme strukturell und politisch sind. Doch ihre Misere entgueltig beenden koennen sie natuerlich nur Hand in Hand mit allen anderen unterdrueckten Menschen Lateinamerikas, und dafuer bedarf es politische Organisationen, die sich dem allgemeinen Problem Lateinamerikas und allen kapitalistischen Gesellschaften annehmen. Mit Sicherheit wird das Problem der Indigenas endgueltig nicht im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu loesen sein, weil es gerade diese ist die die bestehenden Verhaeltnisse entwickelte und reproduziert.

---

## **Israel tötet Gaza-Aktivist\_innen**

*Juni 2010*

Am Montagmorgen, den 31. Mai, wurden 15 Aktivist\_innen der „Free Gaza“ Kampagne getötet, als sie sich auf einem Schiff befanden, das Teil einer Flotte war, die humanitäre Hilfsmittel in den Gazastreifen bringen sollte. Im Morgengrauen griffen Truppen der IDF (Israeli Defense Force) auf internationalen Gewässern die Schiffe an und eröffneten das Feuer. Auch nachdem die weiße Flagge bereits gehisst war soll das Feuer von der IDF nicht eingestellt worden sein. Insgesamt befanden sich um die 700 Aktivist\_innen an Bord, einschließlich Abgeordneten und einem Überlebenden des Holocausts. Zusammen mit Hunderttausenden weltweit sind wir geschockt über diesen ekelhaften Mord! Doch nun ist es wichtig die Wut in organisierten Widerstand umzuwandeln. REVOLUTION verurteilt daher nicht nur die Angriffe des Israelischen Staates und seiner Armee, sondern ruft zu breiten Aktionen gegen Israel und die Isolierung des Gaza Streifens auf! Seit Israels Gründung wurden die Palästinenser\_innen unterdrückt und angegriffen. Begonnen mit ihrer Vertreibung in 1948 gab es viele militärische Angriffe und Kriege gegen die Palästinenser\_innen von Seiten des Israelischen Staates. Der letzte Krieg in Gaza 2008/09 schuf eine Situation totaler Zerstörung vor Ort. 1,5 Millionen Menschen leben momentan im Gazastreifen, der dessen Wirtschaft fast vollkommen zerstört wurde, unter vollkommener Isolierung. Diese Isolierung bedeutet nicht nur nicht einmal die wichtigsten Grundgüter importieren und die Infrastruktur aufrechterhalten zu können, sondern auch, dass hunderte Menschen sterben, weil es kaum medizinische Hilfe von außerhalb des Gaza Streifens gibt. Außerdem ist es den Palästinenser\_innen nur erlaubt, in Küsten nahem Gewässer zu fischen, was bedeutet, dass sie keinen Zugang zu den fischreichen Gewässern haben. All das führt zu einer Situation, in der 80% der Bevölkerung im Gaza Streifen unter extremer Armut leben und nur 20% der gebrauchten Güter zur Verfügung stehen. Israel ist ein rassistischer bürgerlicher Apartheidsstaat, der seine eigene Bevölkerung genauso unterdrückt wie die Palästinenser\_innen und der seit Jahrzehnten ein Kriegsaggressor und Statthalter des Imperialismus im Nahen Osten ist. REVOLUTION stellt sich mit aller Entschlossenheit gegen das zionistische Israel, das im Namen aller Juden sprechen und richten will, insbesondere unter dem Aspekt, dass fast ein Überlebender des Holocausts unter dem Feuer des IDF gestorben wäre. Wir glauben, dass diese Angriffe und ein

Frieden im Nahen Osten nur durch das Zerschlagen des bürgerlichen Staates Israel, aber auch aller anderen reaktionären Regime im Nahen Osten möglich wird, mit der Perspektive einer Föderation der sozialistischen Staaten des Nahen Ostens, in der Araber und Juden friedlich mit- und nebeneinander leben können. Wir von REVOLUTION sprechen uns für den Kampf für ein sozialistisches Palästina aus, in dem Juden und Araber\_innen friedlich miteinander leben!

- Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung und den Free Gaza Aktivist\_innen!
- Nein zur Isolierung des Gaza Streifens! Nein zur Apartheidsmauer!
- Für das Recht der Arabischen Bevölkerung zurück in ihre alten Gebiete zu kehren!
- Wiederaufbau der zerstörten Gebiete im Gaza, bezahlt durch Besteuerung des Israelischen Kapitals!
- Für die Zerschlagung der israelischen Angriffsarmee!
- Für bewaffnete Arbeiter\_innen und Bauernmilizen und demokratische Soldatenräte unter Kontrolle der dortigen Bevölkerung und der Arbeiter\_innenklasse!
- Enteignung aller Rüstungskonzerne Israels unter Arbeiterinnenkontrolle!
- Für einen sekulären sozialistischen Staat der Juden und Araber\_innen!

---

## **WM 2010 in Südafrika - fette Profite für's Kapital**

Das größte Sportereignis der Welt, die Fußball-WM, begeistert Millionen von Menschen weltweit. Doch Fußball wurde mittlerweile zu einem kommerziellen Medienspektakel mit Macht- und Profitinteressen im

Hintergrund entartet, das seinesgleichen sucht. So begeistert die WM in Südafrika auch vor allem das internationale Kapital, das seine Finger mit im Spiel hat, wie auch die FIFA. Mit der WM lassen sich äußerst lukrative Geschäfte machen, der Staat übernimmt die Schirmherrschaft und pumpt Milliarden in die offenen Häse der beteiligten Firmen. Die Mehrheit der Bevölkerung von Südafrika, die verarmten Schichten der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums, haben selbstverständlich wenig davon, im Gegenteil.

## **Die Lüge des Gewinnes für alle**

Die Argumentation der südafrikanischen Regierung, der FIFA und des beteiligten Kapitals bedient sich einer Illusion, die wir in den verschiedensten Facetten auch hier in Europa kennen und die so alt ist wie der Kapitalismus selbst. Die WM sei gut für´s Geschäft, für die Wirtschaft, dadurch würden Arbeitsplätze geschaffen, der Einzelhandel werde angeregt und im Endeffekt würden alle Menschen gemeinschaftlich davon profitieren. Dasselbe Prinzip liegt hinter der hiesigen sozialdemokratischen Argumentation, wenn es dem Unternehmen gut gehe, gehe es auch den Arbeiter\_innen gut.

Doch wie auch hierzulande entpuppen sich diese Versprechen bei genauerem Hinsehen sehr schnell als satte Lügen. Die geringen Möglichkeiten, die sich bei der WM für einzelne Sektoren der Arbeiterklasse (Bauwirtschaft, Tourismus etc.) sowie des Kleinbürgertums (Einzelhandel, Straßenverkäufe etc.) ergeben, stehen in keinem Verhältnis zu den enormen Gewinnen, die das internationale Kapital bei dieser Veranstaltung einstreicht. Der „Konjunkturreffekt“, wie der einschlägige Begriff lautet, wird je nach Quelle von 0,5 bis 2,2 % geschätzt. In Südafrika selbst wird der Effekt auf ca. 1 % geschätzt, wobei das auch wieder auf mehrere Jahre verteilt werden müsse (1). Einig sind sich allerdings alle, dass dieser Effekt nur von kurzer Dauer sein wird. Die Arbeitsplätze im Baubereich sind befristet und prekär, nach der WM wird davon nichts übrig bleiben. Die WM-Touristen sorgen sowieso allenfalls für einen Monatsanstieg im Einzelhandel. Und selbst von diesem lächerlich geringen Konjunkturreffekt streicht den Löwenanteil natürlich die Kapitalisten ein, wer denn sonst?

Demgegenüber stehen astronomische Ausgaben seitens des Staates, was natürlich die Steuerzahler zu tragen haben. 4 Milliarden Euro (!) hat Südafrika mittlerweile allein in den Stadienneu- und Ausbau investiert, wobei damit gerechnet wird, dass der Etat nochmals angehoben wird. Insgesamt wird von einer Überziehung von 88 % von der ursprünglich angenommenen Summe an Ausgaben für die Stadien gerechnet (2) (solche maßlosen Überziehungen der öffentlichen Kosten kennen wir hierzulande auch zu gut aus Megaprojekten wie Stuttgart 21 oder der Elbphilharmonie in Hamburg). Die FIFA hat hierbei ihre Auflagen für entsprechende Stadien gegenüber Südafrika durchgesetzt. In Johannesburg wurde z.B. auf ihren Druck ein komplett neues Stadion für 420 Millionen Euro aus der Taufe gehoben. Was sollen die Menschen in Johannesburg nach der WM mit diesem Stadion? Die Mehrzahl der Bevölkerung wird es sowieso nie von innen zu Gesicht bekommen. Noch viel mehr Geld hat Südafrika in die Infrastruktur eigens für die WM investiert: 18 Milliarden Euro! (2) Auch dieser Etat soll noch aufgestockt werden. Zwar sind Investitionen in Infrastruktur im Gegensatz zu Mega-Stadien-Bauten längerfristig und können auch der lokalen Bevölkerung zu Gute kommen. Doch die Mehrheit dieser Mittel fließt in eine Infrastruktur, die eigens für die WM und die reichen Gäste aus dem Ausland angelegt wird. Die Bahnpreise sind im Vorfeld der WM um 47 % angestiegen (3), so dass sich die Mehrheit der Südafrikaner nicht mal mehr Bahn fahren leisten kann! Darüber hinaus fehlen diese Gelder in anderen dringenden Bereichen, wie Bildung, Gesundheit und Wasserver- und Entsorgung. Und warum braucht man eigentlich eine WM, um die Infrastruktur zu investieren, wenn die ANC-Regierung seit 10 Jahren die Privatisierung aller öffentlichen Leistungen wegen Kostengründen propagiert und umsetzt?

Sowieso ist die „Normal-Bevölkerung“ in Südafrika bei der WM eher ein ungebetener Gast. Seit Monaten schon fahren die Behörden in den WM-Städten ganze Programme auf, um die Gebiete rund um die Stadien sowie die Innenstädte von unangenehmen Anblicken zu säubern. Bettler werden genauso verjagt wie Straßenverkäufer und Prostituierte (4). Die reichen Gäste sollen vor derartigen Wahrnehmungen geschützt werden. Wie in den meisten ärmeren Ländern ist jedoch ein bedeutender Teil der Bevölkerung auf diese äußerst prekären Einkommensquellen angewiesen. Besonders

brisant: viele Immigrant\_innen aus umliegenden afrikanischen Ländern sind darunter und damit besonders von diesen Maßnahmen betroffen. In den letzten Jahren gibt es in Südafrika generell ein Anstieg von fremdenfeindlichen Ausschreitungen, die teilweise zu regelrechten Hetzjagden ausgeübt sind.

## Die wahren Gewinner

Dem Kapital ist's egal, Hauptsache das Geld stimmt. Und das tut's bei der WM allemal. Die Übertragungsrechte für TV und Radio, die Werbeetats und die Versicherungssummen steigen in astronomische Höhen. Für die beteiligten Kapitalisten sind das sichere Investitionen, da der Staat dafür gerade steht. Die FIFA wirbt aufwendig damit, dass ihr Armutsbekämpfung und Alphabetisierung besonders am Herzen liege. Dabei lenken die vornehmen Herren vor allem davon ab, dass der Hauptprofiteure der WM der Fußballverband selbst ist. Satte 2,8 Milliarden Euro an Einnahmen hat sich die FIFA bereits im Vorfeld gesichert. FIFA-Generalsekretär Jerome Walcke erklärt zufrieden, dass sich die Einnahmen des Verbandes gegenüber der WM 2006 in Deutschland bereits um 50 % gesteigert hätten. (5) Er argumentiert dass davon viel in die „Fußball-Entwicklungshilfe“ fließe, aber der Verband hat sich sicher seine Pfründe gesichert. Zumal auch bei dieser „Fußball-Entwicklungshilfe“ die kommerziellen Interessen des europäischen Fußballkapitals im Vordergrund stehen, wie die Entwicklung des afrikanischen Fußballs zeigt. Die FIFA war von Anfang an vor allem darum bemüht, dass schicke Hotels und Einkaufspassagen sowie die entsprechenden Stadien gebaut werden, wie das Beispiel aus Johannesburg zeigt.

Besonders dick dabei sind natürlich die Sportartikel-Hersteller, allen voran Adidas und Nike, die sich um die dicksten Happen zoffen. Für beide bedeutet die WM Millionengewinne. Dabei bleibt wie immer außen vor, unter welchen Bedingungen die tollen Trikots und Schuhe für die Stars und ihre Fans in China und Bangladesh zusammengenäht werden. Über Adidas ist erst neulich bekannt geworden, dass sie ihre eigenen „Sozial-Standards“ nicht einhalten und die Arbeiter\_innen in Zulieferfirmen weiterhin zu Niedrigstlöhnen bei

Arbeitstagen von bis zu 16 Stunden fristen. Wer hätte auch geglaubt, dass solche Standards nichts Weiteres sind als Beruhigungspillen für die Öffentlichkeit? Doch bei der WM stehen eher die Kinderliebe und „Volksnähe“, der Konzerne auf der Tagesordnung. Natürlich, wer interessiert sich auch für die Spielregeln hinter den Kulissen?

International profitieren viele Konzerne von dem großen Geschäft der WM. Nike, Adidas, Coca Cola, McDonalds, Sony, Castrol... die Liste ließ sich beliebig verlängern. Besonders dick saht vor allem in Deutschland die Versicherungsbranche ab, bei der sich beteiligte Werbepartner gegen Ausfälle versichern. Allen ist gemeinsam, dass sie die Unterstützung der WM nicht nur zu direkten Profitzwecken, sondern auch als Imagekampagnen durchführen, die sie als besonders nette Konzerne darstellen soll, und natürlich dass weder die Arbeiter\_innen und schon gar nicht die Bevölkerung in Südafrika von deren Geschäften profitiert.

## **Die Perversion des Sports**

Zusammenfassend bleibt zu sagen, dass Sport allgemein und mit Fußball und Olympia im Besonderen längst mehr ist als nur ein Spiel. Es handelt sich um ein äußerst lukratives Geschäft, bei dem stets der Staat für die Interessen der Konzerne investiert. Das ganze lässt sich bestens an die Bevölkerung verkaufen, da diese ihren berechtigten Spaß an den Sportereignissen findet. Wobei für einen Großteil der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums diese Rechnung in Südafrika, wie oben ausgeführt, nicht aufgehen dürfte. Die Erkenntnis liegt auf der Hand: der Kapitalismus dringt in sämtliche Gesellschaftsbereiche vor und macht sie für sich verwertbar, ob Wasserversorgung, Bildung, Verkehr und Infrastruktur oder eben Sport. Bei der Fußball-WM wird mehr denn je deutlich, dass dieser Sport zu einer Werbe- und Profitveranstaltung verkommen ist, welche widerliche Ausmaße angenommen hat. Mit der eigentlichen Freude an dem Sport hat das nichts zu tun. Hinzu kommt, dass diese Ereignisse bewusst politisch genutzt und missbraucht werden, wie das am Beispiel von Deutschland und dem wieder erstarkten „Nationalbewusstsein“ deutlich zu sehen ist. Der Fußball dient hier als Überbringer einer angeblich notwendigen nationalen Identität und

eines „Nationalstolzes“, eine Art von unterschwelliger Propaganda, die natürlich auch in Südafrika eine große Rolle spielt.

Dabei lehnen wir es jedoch ab, daraus zu schlussfolgern, dass Fußball an sich abzulehnen sei und man diesen am Besten boykottieren sollte. Nur weil der Kapitalismus aus Profitinteresse diesen und jeden anderen Sport pervertiert hat, heißt das nicht, dass die Perversion in dem Sport an sich enthalten ist. Leute, die ihren Spaß am Fußball schauen (und spielen) haben, sollen das auch weiterhin tun! Es geht vielmehr darum, sich über die Hintergründe bewusst zu sein und zu verstehen, dass die großen Vereine, die Verbände wie FIFA und die Firmen, die dahinter stehen, verdammte Schweinehunde sind, welche nur ihren Profit im Auge haben und den Sport in etwas verwandelt haben, was nicht in unserem Interesse sein kann.

Deshalb sollten wir fordern: Manager, Konzerne und kommerzielle Interessen raus aus dem Fußball! Den Sport denen, die ihn ausüben und spielen!

Wir sollten uns bei diesen Ereignissen darauf konzentrieren, die Machenschaften hinter den Kulissen aufzudecken und die Leute über fatale Entwicklungen, wie z.B. dem „Nationalstolz“ aufzuklären. Übrigens soll es während der WM in Südafrika auch einen „poor people´s worldcup“ geben, an dem sich die Menschen vor Ort mit Mannschaften beteiligen können, um zu zeigen, dass es keiner kommerziellen Riesenveranstaltungen bedarf, um Sport auszuüben und sich dafür zu begeistern.

Dieses Beispiel zeigt ein weiteres Mal eindrucksvoll, dass der Kapitalismus ein System ist, das sämtliche Dinge unseres Alltags missbraucht und pervertiert. Selbst beim Sport zählen Profitinteressen mehr als Können oder Leistung. Ein weiteres Symbol für den faulen Charakter dieses Systems, das dringend abgeschafft gehört!

Quellen:

1 siehe z.B. Hamburger Weltwirtschaftsinstitut (HWWI)

2 „Die riesigen WM-Kosten“, FTD vom 8.6.2010

3 Interview mit Mitgliedern der Anti-Eviction-Campaign aus Südafrika, veröffentlicht im „Anti-Berliner“ Mai/Juni 2010

4 siehe z.B. bei NewsofAP „South Africa removes poor people and prostitutes from streets“

5 „FIFA: WM ist hochprofitabel“, Süddeutsche Zeitung vom 3.6.2010